A-1 Kommunalwahlen sind Kampagnenzeiten! Mit gemeinsamer Strategie für linke Kommunen kämpfen.

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Am 14. September in Nordrhein-Westfalen, im März 2026 in Bayern und Hessen, im
2 Herbst 2026 dann in Niedersachsen und Berlin - über 50% der bundesweit
Wahlberechtigten werden im nächsten Jahr zu Kommunalwahlen aufgerufen.

3 Als GRÜNE JUGEND sehen wir darin einen mehr als guten Zeitpunkt, um als Verband
mit einer gemeinsamen Strategie in künftige Kommunalwahlen zu gehen.

GJ x Kommunalpolitik: Für das große Ganze im ganz Kleinen kämpfen.

5 Bundesweit engagieren sich mehr als 200.000 Menschen kommunalpolitisch im
6 Gemeinde- oder Stadtrat, Kreistag oder einer Bezirksvertretung. Sowohl
7 innerhalb der politischen Linken als auch verbandsintern beobachten wir, dass
8 Kommunalpolitik und die Wirksamkeit einer linken Politik, die vor der
Haustür der Menschen ansetzt, in der Regel nur am Rande Beachtung findet. Die
Gründe hierfür sind verschieden und auf den ersten Blick in weiten
Teilen nachvollziehbar.

9 Als GRÜNE JUGEND setzen wir uns eine gerechte Gesellschaft ein, in der kein
10 Wirtschaftssystem mehr die planetaren Grenzen missachten darf, Menschen
11 ausbeutet und sie auf ihre Arbeitsleistung reduziert. Wir kritisieren
12 gesellschaftliche Missstände und geben uns nicht damit zufrieden, wenn eine
Regierung die kleinste sozialpolitische Maßnahme als Allheilmittel gegen Armut
verkauft, sondern wissen, dass Armut genau wie die Klimakrise und
Menschenfeindlichkeit mit diesem System zusammenhängt. Deshalb suchen wir nach
großen Antworten und strukturellen Lösungen.

13 Und genau hier scheint der erste Widerspruch zu liegen: Unsere Ressourcen sind
14 begrenzt und was wir wollen, ist ein grundlegender gesellschaftlicher
Wandel. Wozu also stundenlang in angestaubten Ratssälen über die Gemeindeordnung
diskutieren?

15 Wir sehen diese Widersprüche und auch, dass die GRÜNE JUGEND in den letzten
16 Jahren kein gemeinsames Verständnis von kommunalpolitischer Arbeit hatte.
17 Um das zu ändern, haben wir uns auf den Weg gemacht unsere Ansprüche an eine
18 linke Kommunalpolitik und als Verband ein wirksames Verhältnis zu ihr zu
finden. Dafür haben wir Gespräche mit unseren Landesvorständen und Mitgliedern,
die kommunalpolitisch aktiv sind, geführt. Diese Gespräche bilden die
Grundlage für diesen Antrag.

19 Zunächst möchten wir hier ausführlich die Herausforderungen die derzeit
20 existieren ansprechen, daran anschließend Grundsätze eines kommunalpolitischen
21 Selbstverständnisses formulieren und Empfehlungen für alle Ebenen von
Verantwortungsträger*innen aussprechen, um gut vorbereitet in Kommunalwahlen und
neue kommunale Wahlperioden zu gehen.

22 Wir verstehen diesen Antrag als eine Bestandsaufnahme, die keinen Anspruch auf
23 End- oder Allgemeingültigkeit hat. Vielmehr möchten wir eine
24 Diskussionsgrundlage schaffen, mit der wir als Verband in den nächsten Jahren
fortlaufend überprüfen können, inwiefern die Bewältigung bestehender
Herausforderungen sich künftig verbessert.

25 **Ist-Zustand und Herausforderungen im Verhältnis von GJ x Kommunalpolitik**

26 Ein großer Teil unserer Mitglieder findet den Weg zur GRÜNEN JUGEND über die
27 Doppelmitgliedschaft bei Eintritt in die Grüne Partei. Die Zeit, die
Mitglieder brauchen, um in unseren Verbandsstrukturen aktiv zu werden,
unterscheidet sich von Ort zu Ort, von Mitglied zu Mitglied.

28 Wenn Mitglieder zunächst Anschluss in ihrem Grünen Kreis- oder Ortsverband
29 finden, passiert es nicht selten, dass ihnen schnell eine Kandidatur für
30 das Kommunalparlament angeboten wird. Dabei wird nicht immer transparent und auf
31 die Lebensrealitäten junger Menschen achtend über ein kommunales
Mandat informiert. Die Grünen haben ein inneres Interesse daran junge Mitglieder
auf kommunale Wahllisten zu stellen, da sie so einen vielfältigeren
Eindruck machen und sich erhoffen stärkere Ergebnisse bei jungen Wähler*innen zu
erzielen.

32 Doch im Ergebnis landen dann junge Mitglieder mit falschen Vorstellungen und
33 unrealistischen Anforderungen plötzlich in einem kommunalen Mandat und
sind damit erstmal für viele Jahre stark gebunden und haben nur noch wenig Zeit,
um sich in die GRÜNE JUGEND einzubringen.

34 Hierin liegt eine ganz offene Herausforderung im Verhältnis des Verbandes
gegenüber kommunalpolitischem Engagement.

35 Doch nicht nur wegen fehlender Zeit sind GJ-Kommunalpolitiker*innen manchmal
36 weniger erreichbar für uns als Verband - auch fehlen bis heute häufig
37 passende Räume, die einerseits Anknüpfungspunkte bieten an ihre tägliche Arbeit
38 vor Ort und andererseits einen oft erwünschten Austausch mit anderen
39 jungen Kommunalpolitiker*innen ermöglichen. Dieser Austausch wäre vor allem
40 deshalb wichtig, weil sie oft die einzigen jungen, linken Menschen in
ihrem kommunalen Gremium sind. Und so bleibt oft nichts, als sich überwiegend mit
älteren, manchmal konservativeren Grünen politisch auszutauschen und
strategisch zusammenzuarbeiten. Hierin liegt das Risiko einer Entfremdung
gegenüber dem Verband und einer allgemeinen Depolitisierung, auch weil in
der Vergangenheit nicht mitgedacht wurde, wie das Spannungsverhältnis
wertschätzend und für den Verband hilfreich überbrückt werden kann.

41 Zusammengefasst bedeutet das: Derzeit entscheiden sich junge Mitglieder oft für
42 kommunalpolitisches Engagement, ohne umfassende, transparente
43 Informationen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt zu bekommen.
Fehlende Zeit, nicht organisierte Vernetzungsräume und oft entfernt
scheinende Inhalte unserer Bildungsarbeit sorgen dafür, dass sie sich weniger
aktiv in die Grüne Jugend einbringen.

44 **Unser kommunalpolitisches Selbstverständnis**

45 Kommunalpolitik bietet Räume für einen sachlichen und alltagsnahen Austausch über
46 Politik. Hier lassen sich politische Logiken fernab vom Rampenlicht
47 lernen. Das bedeutet, dass es vor Ort besser möglich sein kann, breite Bündnisse
zwischen Zivilgesellschaft und Politik zu bauen. Als GRÜNE JUGEND
verstehen wir uns als Aktivist*innen, die genau diese Bündnisse, zwischen Straße
und Parlament, aufbauen und mitgestalten wollen.

48 Vor diesem Hintergrund möchten wir Kommunalpolitik künftig als Bestandteil der
49 politischen Arbeit der GRÜNEN JUGEND verstehen. Das bedeutet, dass wir
50 Mitglieder, die sich von sich aus entscheiden, für ein kommunales Mandat zu
51 kandidieren, auf ihrem Weg unterstützen möchten und sie als aktive
Verbündete im Aktivismus für eine gerechtere Gesellschaft sehen. Ihre
individuellen Entscheidungen respektieren wir und schätzen es, dass Mitglieder
diese Form des Engagements wählen.

52 Dennoch müssen wir feststellen, dass die kommunalpolitischen Strukturen und
53 rechtlichen Rahmenbedingungen dieses Engagements nicht auf die
54 Lebensrealitäten junger Menschen abgestimmt sind und enorm viele Ressourcen
binden; oft über Jahre hinweg. Auch ist die politische Wirksamkeit
innerhalb einer Grünen Fraktion und im Gesamtgefüge eines kommunalen Gremiums am
Ende des Tages sehr begrenzt.

55 Deshalb werden wir unsere Mitglieder als GRÜNE JUGEND nicht aktiv dazu ermutigen

56 kommunale Mandate anzustreben, sondern sich mit ihrer Zeit in unseren
Kreisverbänden, auf Landes- und Bundesebene im Verband einzubringen.

57 Wenn junge Menschen ein kommunales Mandat annehmen wollen, möchten wir sie in
58 Zukunft aber mehr in die Verbandsarbeit einbinden: So wollen wir
59 Landesverbände ermutigen, feste Vernetzungsstrukturen auf Landesebene schaffen,
60 die (angehenden) Kommunalis Austausch- und Mentoring-Möglichkeiten
61 bieten. Auf der anderen Seite möchten wir das Mandatsverständnis von GJ-
Kommunalis als eines prägen, in dem kommunale Bündnisarbeit im Vordergrund
steht. Kommunalpolitiker*innen haben häufig Zugriff auf große Netzwerke vor Ort.
Die daraus entstehenden Kontakte zu möglichen Bündnispartner*innen
können für unsere Kreisverbände eine große Hilfe für die aktivistische Arbeit
sein.

62 Außerdem stehen im Mittelpunkt von Kommunalpolitik häufig ganz direkte
63 Verteilungsfragen: Linke Politik in der Kommune macht aus, dass wir eine starke
64 Lobby für diejenigen sind, die selbst nicht mit am Tisch sitzen. Der Zuwachs an
65 Aufgaben, die durch Bund und Länder an die Kommunen weitergegeben
66 wird, war in den letzten Jahren enorm. Gleichzeitig hat sich an der grundlegenden
Finanzierung und Einnahmestruktur der Kommunen kaum etwas verändert.
Diese fahrlässige Politik hat dazu geführt, dass viele Kommunen bundesweit unter
angespannten Haushaltslagen arbeiten. Dort, wo das Geld knapp ist,
wird oft zuallererst bei marginalisierten Gruppen gespart. Das ist weder gerecht
noch gemeinwohlorientiert.

67 Kommunale Mandatsträger*innen der GRÜNEN JUGEND sollten dieses Spannungsfeld
68 immer im Sinne der 99% auflösen und für eine Politik kämpfen, die für
diejenigen einsteht, die sich selbst nicht vertreten können.

69 Für die Umsetzungen konkret in Ortsgruppen bedeutet das: Nutzt das Wissen und die
Ressourcen!

70 Wenn ihr wisst, wo Sozialbindungen auslaufen, könnt ihr vor Ort mit jungen
71 Menschen ins Gespräch kommen und sie für die Grüne Jugend begeistern. Wenn
72 ihr wisst, wo mal wieder gekürzt werden soll, könnt ihr die Demo organisieren und
wenn ihr das Büro in einen solidarischen Ort verwandeln wollt, habt
ihr da jemanden mit Reichweite und Kontakten.

73 **Kommunalwahlen sind Kampagnenzeiten**

74 Unabhängig davon, ob Mitglieder für ein kommunales Parlament kandidieren -
75 Kommunalwahlen sind für uns Kampagnen-Zeiträume! Wie auch alle anderen
76 Wahlkämpfe bieten Kommunalwahlkämpfe einen Zeitraum in dem junge Menschen sich
stärker politisieren und wir als GRÜNE JUGEND zeigen können, dass es

sich lohnt gemeinsam mit uns für eine gerechtere Zukunft zu kämpfen.

77 Die besten Kampagnen lassen sich dann führen, wenn sie breite Beteiligung
78 ermöglichen und frühzeitig geplant werden. Deshalb schlagen wir vor, bereits
79 1,5 Jahre vor einer anstehenden Kommunalwahl das Thema auf einer
80 Landesmitgliederversammlung oder einem Bildungswochenende zu setzen. So haben
viele
Mitglieder die Möglichkeit Ideen für die Kampagne einzubringen. Auch ein
Kampagnen-Team, das auf Landesebene im Jahr der Kommunalwahl eingesetzt wird,
kann ein guter Ort sein, um mehr Mitglieder an der Ausgestaltung der Kampagne zu
beteiligen.

81 Die inhaltliche Besonderheit bei einer Kommunalwahl-Kampagne liegt darin, dass
82 die relevanten Themen direkt vor der Haustür stattfinden. Hierin
83 besteht ein großes Mobilisierungspotential, das wir als Verband nutzen sollten:
84 GJ-Kreisverbände sollten sich frühzeitig, mit Unterstützung durch den
Landesverband, ein "Leuchtturm-Projekt" für ihre Kommune suchen, das sie
möglicherweise in das Wahlprogramm der Grünen verhandeln können, vor allem
aber in der Kampagnenzeit mit Aktionen bewerben können.

85 Seien es ein neues Jugendzentrum, eine bessere ÖPNV-Anbindung oder kostenfreie
86 Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten: Über Petitionen,
87 Beteiligungsformate, Podiumsgespräche, Anfragen an Parteien, Suchen von
zivilgesellschaftlichen Bündnispartner*innen - für jedes linke Projekt lässt
sich vor Ort Kampagne machen. Hier sollte ein Schwerpunkt einer Kommunalwahl-
Kampagne liegen.

88 **Handlungsempfehlungen für alle Ebenen**

89 **Handlungsempfehlungen für den Bundesvorstand:**

- 90 • Der Bundesvorstand stellt einen Unterordner im Wissenswerk in der Grünen
91 Wolke zur Verfügung, in der kommunalpolitische Antragsideen eingestellt
werden können

- 92 • Der Bundesvorstand unterstützt die Landesverbände in der Entwicklung von
schlagfertigen Kommunalwahl-Kampagnen

- 93 • Der Bundesvorstand versucht die Übertragbarkeit der Inhalte unserer
94 Bildungsarbeit auf die praktische kommunalpolitische Arbeit vor Ort zu
erhöhen

- 95
- Der Bundesvorstand unterstützt strukturschwache Landesverbände in der überregionalen Vernetzung ihrer kommunalen Mandatsträger*innen

96 **Handlungsempfehlungen für die Landesvorstände:**

- 97
- 98
- Die Landesvorstände sollten 1,5 Jahre vor einer anstehenden Kommunalwahl in die erste Phase der Kampagnen-Planung einsteigen. Hierzu kann sich ein eigenes Bildungswochenende zur Einbindung der Mitgliedschaft anbieten
- 99
- Die Landesvorstände unterstützen ihre Kreisverbände bei der Suche nach einem "Leuchtturm-Projekt" für eine kommunale Kampagne im Wahlkampf
- 100
- 101
- Die Landesvorstände etablieren feste Vernetzungsstrukturen für kommunale Mandatsträger*innen und legen eine Verantwortlichkeit für diesen Bereich innerhalb des Landesvorstandes fest
- 102
- 103
- Die Landesvorstände sammeln im Vorfeld der Wahlprogramm-Prozesse vor Ort überregional tragfähige linke Antragsideen, die an die Kreisverbände zur Einbringung in die lokalen Grünen Wahlprogramme weitergegeben werden

104 **Handlungsempfehlungen für die Kreisvorstände:**

- 105
- Die Kreisvorstände bemühen sich um einen regelmäßigen Austausch mit ihren kommunalen Mandatsträger*innen
- 106
- 107
- Die Kreisvorstände finden im Rahmen eines Kommunalwahlkampfes ein "Leuchtturmprojekt", mit dem sie vor Ort Kampagne machen und junge Menschen mobilisieren
- 108
- Die Kreisvorstände bringen sich aktiv mit linken Antragsideen in den Grünen Wahlprogramm-Prozess vor Ort ein

A-2 Länderfinanzausgleich

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bremen
(dort beschlossen am: 27.05.2025);
Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin
(dort beschlossen am: 28.05.2025);
Landesvorstand GRÜNE JUGEND
Brandenburg (dort beschlossen am:
29.05.2025); Landesvorstand GRÜNE
JUGEND Sachsen-Anhalt (dort
beschlossen am: 30.05.2025);
Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen
(dort beschlossen am: 30.05.2025);
Landesvorstand GRÜNE JUGEND
Mecklenburg-Vorpommern (dort
beschlossen am: 01.06.2025);
Landesvorstand GRÜNE JUGEND
Saarland (dort beschlossen am:
01.06.2025); Landesvorstand GRÜNE
JUGEND Thüringen

Beschlussdatum: 02.06.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 **Die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Berlin,**
2 **Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Saarland** werden zum Bundeskongress 2025
3 einen Satzungsänderungsantrag stellen, um einen Länderfinanzausgleich zu fordern.
4 Dabei sollen alle Landesverbände, deren Mitgliederzahlen **und**
5 vollständiges Haushaltsvolumen, **oberhalb** des bundesweiten Median liegen, sowie
6 der Bundesverband, 2,5% ihres gesamten Haushaltsvolumens in den Topf
7 einzahlen. Alle Landesverbände, deren Mitgliederzahlen **und** vollständiges
Haushaltsvolumen **unter** dem Median liegen, sollen das Geld aus dem Topf
erhalten. Für die Auszahlung werden die Mittel durch die Anzahl der Empfänger
geteilt, Landesverbände aus Bundesländern in denen Bündnis 90/Die Grünen
sich in der außerparlamentarischen Opposition (APO) befinden, haben doppelte
Gewichtung, gelten also in der Rechnung als zwei Landesverbände. Bei der
Auszahlen erhalten diese 2/X der Mittel. Nicht APO- Länder erhalten 1/X der

Mittel.

8 Hierfür soll außerdem eine Ausnahmeregelung für die Finanzautonomie der Landesverbände in die Satzung eingetragen werden.

9 (1) Der Länderrat spricht sich für die Aufnahme des Länderfinanzausgleichs der
10 Satzung der Grünen Jugend auf dem 59. Bundeskongress vom 10.-12.
Oktober 2025 in vorgeschlagener Form aus und unterstützt ausdrücklich eine
Stärkung finanzschwächerer Landesverbände in Form eines Solidarbeitrags.

11 (2) Außerdem wird der Bundesfinanzrat beauftragt, der vorgeschlagenen
12 Satzungsänderung folgend, ein geeignetes Verfahren für Feststellung und Einzug
13 der zu zahlenden Beträge sowie ein Auszahlungsverfahren zu erarbeiten. Die erste
finanzielle Umlage in Form des Solidarbeitrags soll im Jahr 2026,
muss aber spätestens im Jahr 2027, erfolgen.

14 (3) Darüber hinaus ist der Bundesvorstand angehalten, sich für die vorgeschlagene
15 Satzungsänderung auszusprechen und auf den Beschluss dieser
hinzuarbeiten.

16 (4) Sollte eine Satzungsänderung in der vom Länderrat beschlossenen Form auf dem
17 59. Bundeskongress keine Mehrheit finden, so ist der kommende
Bundesvorstand verpflichtet, die Etablierung eines Solidarbeitrags in hier
vorgeschlagener oder ähnlicher Form voranzubringen.

Begründung

Mitgliederverwaltung, LMV, Aktiventreffen: Es gibt Fixkosten mit denen jeder Landesverband, unabhängig von der Mitgliederzahl, rechnen muss. In strukturschwachen Landesverbänden kommt da in der Regel auch noch die Finanzierung der Kreisverbände dazu, die oft keine eigenen Finanzen haben. Für die strukturschwachen Landesverbände, insbesondere die zunehmende Zahl an APO-Landesverbänden (Landesverbände deren Grüne nicht mehr im Landtag vertreten sind), wird es zunehmend schwierig diese Kosten zu stemmen. Die öffentliche Finanzierung wurde durch die Wahlschlappe der Grünen halbiert oder fällt sogar ganz weg, und gleichzeitig haben die Grünen selbst auch weniger Mittel mit denen sie uns unterstützen können.

Wir wollen weiter ein Ort politischer Selbstwirksamkeit sein, wo junge Menschen sich einbringen und mitgestalten können. Das geht aber nur, wenn wir nicht jeden Cent umdrehen müssen. Deshalb haben wir beschlossen strukturstarke Landesverbände dazu aufzufordern in einem Solidarmodell die strukturschwachen finanziell zu unterstützen.

A-3 Abgestellt statt eingestellt

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 07.04.2024
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 In Deutschland arbeiten rund 270.000 Menschen in über 700 Werkstätten für
2 Menschen mit Behinderung, ein Großteil davon in NRW. Die Werkstätten sollen
3 Menschen Fähigkeiten vermitteln, um am Allgemeinen Arbeitsmarkt teilnehmen zu
4 können. Die Weitervermittlung in den Allgemeinen Arbeitsmarkt liegt jedoch bei
5 unter einem Prozent. Inklusion sieht anders aus!

Widerspruch im System beenden!

7 Dies liegt unter anderem an der Vorgabe zur Wirtschaftlichkeit der Werkstätten
8 und an der sogenannten Ausgleichsabgabe, mit der sich große Unternehmen für
9 wenig Geld von der Pflicht „freikaufen“, Menschen mit Behinderung einzustellen,
10 anstatt strukturelle Änderungen für mehr Inklusion vorzunehmen. Zusätzlich
11 profitieren Unternehmen von der Produktion der Werkstätten durch geringere
12 Kosten und die Möglichkeit, 50% der Ausgleichszahlungen abzurechnen. Diese
13 Strukturen sind mit dem gesetzlichen Inklusionsauftrag der Werkstätten nicht
14 vereinbar.

15 Deshalb fordern wir, dass...

- 16 • die Werkstätten Menschen mit Behinderung dabei wirklich unterstützen, im
17 Allgemeinen Arbeitsmarkt tätig zu sein.
- 18 • Barrieren im Allgemeinen Arbeitsmarkt abgebaut werden.
- 19 • die Ausgleichsabgabe abgeschafft wird.

Dumpinglohn made in Germany

21 Während die Beschäftigten ein Werkstattentgelt von 1,46 Euro pro Stunde
22 erhalten, machten die Werkstätten 2022 einen Umsatz von ca. 8 Milliarden Euro.
23 Durch die Ausbeutung von Menschen mit Behinderung können große Unternehmen mit
24 hoher Qualität und dem Siegel „Made in Germany“ werben. Und bei Menschen mit
25 Behinderung, die auf den Allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt wurden, werden
26 Zuverdienste und das Weihnachtsgeld mit ihrer Grundsicherung verrechnet.

27 Deshalb fordern wir...

- 28 • eine faire Bezahlung der Beschäftigten, mindestens auf Mindestlohn-Niveau.
- 29 • Erhöhung des Freibetrags auf die Grundsicherung.

30 **Streik ist ein Grundrecht!**

31 Beschäftigte in Werkstätten können keine Gewerkschaften gründen oder ihnen
32 beitreten. Anstelle von Betriebsräten gibt es Werkstatträte mit beschränkten
33 Kompetenzen. Außerdem besitzen die Beschäftigten kein Streikrecht, sodass es
34 ihnen nicht möglich ist, aus Protest gegen vorherrschende Bedingungen, die
35 Arbeit niederzulegen.

36 Deshalb fordern wir...

- 37 • Arbeitnehmer*innenrechte für Beschäftigte der Werkstätten.
- 38 • das Streikrecht für Arbeiter*innen in Werkstätten nach Art. 9 Abs. 3 GG.

39 Kurzfristig ist die Angleichung von Lohn und Arbeitnehmer*innen-Rechten eine
40 wichtige Verbesserung für die Beschäftigten der Werkstätten. Langfristig steht
41 für uns als GRÜNE JUGEND aber fest, dass die Werkstätte abgeschafft gehören.
42 Das System ist nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar. Die
43 Werkstätten von heute auf morgen zu schließen, würde hunderttausende Menschen in
44 die Erwerbslosigkeit entlassen. Dennoch müssen Menschen mit Behinderung
45 selbstbestimmt leben und arbeiten können. Auf dem sogenannten “zweiten
46 Arbeitsmarkt” ist das jedoch kaum möglich. Damit die Ausbeutung von Menschen mit
47 Behinderung ein Ende hat, müssen auch die Werkstätten der Vergangenheit
48 angehören!

A-4 Wie weiter mit den Fachforen? Reformvorschläge von den FaFo-Koordinator*innen

Gremium: Fachforum Bildung, Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus, Fachforum Feminismus und Queer, Fachforum Globales und Europa, Fachforum Ökologie, Fachforum Stadt, Land, Mobilität & Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit

Beschlussdatum: 18.05.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1. Einleitung

Die Fachforen der GRÜNEN JUGEND (FaFos) sind thematisch spezialisierte Arbeitsgruppen, die einen zentralen Beitrag zur inhaltlichen Arbeit der GRÜNEN JUGEND leisten sollen. Sie ermöglichen tiefgehenden, themenspezifischen Austausch, fördern politische Bildung in der GRÜNEN JUGEND und dienen der Positionsentwicklung für unseren Verband. Die FaFos sammeln das inhaltliche Fachwissen des Verbands und bündeln es über Ländergrenzen hinweg. Zurzeit hindern strukturelle Probleme die FaFos daran, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Wir, die Koordinator*innen der FaFos, wollen daher mit diesem Antrag eine Debattengrundlage für eine umfassende Reform schaffen, die die FaFos wieder zu einem starken Ort für politische Arbeit macht.

2. Aufgaben und Rolle der Fachforen

Die FaFos haben laut §16 der Bundessatzung die Aufgabe, sich vertieft mit fachspezifischen Themen auseinanderzusetzen und zu beraten. Dadurch schaffen sie wichtige Austauschräume für die Basis und leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsarbeit für den Verband. Die inhaltlichen Veranstaltungen der FaFos finden online statt und sind für alle Personen zugänglich, die sich für ihre Themen besonders interessieren und sich beteiligen möchten.

12 In den inhaltlichen Debatten können die FaFos auch Positionen zu Themen
13 erarbeiten, um die Beschlusslage der GRÜNEN JUGEND zu erweitern, ergänzen oder
14 zu verändern. Dafür können die Positionen als Anträge beim Bundeskongress
eingebraucht werden, um dort in der ganzen Breite des Verbands diskutiert
werden zu können und ggf. beschlossen zu werden.

15 Zusätzlich werden in den FaFos Delegierte für die Bundesarbeitsgemeinschaften
16 (BAGs) von Bündnis 90/Die Grünen gewählt, welche die GRÜNE JUGEND bei
17 den Treffen vertreten. Über die BAG-Delegierten können die FaFos sowohl Einblicke
in die inhaltliche Arbeit der grünen Partei erlangen als auch deren
Positionsbildung beeinflussen.

18 Darüber hinaus setzen sich die FaFos mit den Positionen der Grünen auseinander
19 und entwickeln Anträge für die GRÜNE JUGEND, die auf
Bundesdelegiertenkonferenzen von Bündnis 90/Die Grünen eingebracht werden können.

20 **3. Abgrenzung von anderen Strukturen in der GRÜNEN JUGEND**

21 Die FaFos unterscheiden sich klar von den anderen Strukturen innerhalb der GRÜNEN
22 JUGEND. Während das "Debattenorte"-Format einen Einstieg in einen
23 Themenkomplex bietet, richten sich die FaFos an alle, die ein besonderes
24 Interesse an spezifischen Fachbereichen haben und sich vertieft mit deren
Themen beschäftigen wollen. Trotzdem sind die FaFos grundsätzlich für alle
Mitglieder der GRÜNEN JUGEND offen, die sich dort engagieren möchten. Die
FaFos können Themen in das "Debattenorte"-Format einbringen, um eine breite
Diskussion in der GRÜNEN JUGEND zu entfachen.

25 Das Bildungsteam arbeitet thematisch breiter als die Fachforen. Es entwickelt
26 Bildungsformate für Veranstaltungen der GRÜNEN JUGEND oder der
27 Kreisverbände. Im Gegensatz dazu konzentrieren sich die FaFos auf die
28 Wissensbildung in spezifischen Themenfeldern, zu denen sie Positionen entwickeln
und den Austausch zwischen Jugend und Mutterpartei ermöglichen. Wenn das
Bildungsteam zu Themen der FaFos Veranstaltungen plant, kann eine Kooperation
zwischen dem Bildungsteam und den FaFos sehr sinnvoll sein und einen großen
Mehrwert für den Verband liefern.

29 **4. Aktuelle Situation in den FaFos**

30 In den letzten Jahren sind in den FaFos gravierende Probleme sichtbar geworden,
31 die ihre Wirksamkeit stark einschränken. Viele FaFos sind kaum besucht
32 und finden nur selten statt,- Das führt zu einer geringen Beteiligung der Basis
an der inhaltlichen Positionierung der GRÜNEN JUGEND und schränkt auch
die Bildungsarbeit innerhalb der FaFos stark ein. Als basisdemokratischer Verband
stellt das eine große Herausforderung für die GRÜNE JUGEND dar.

33 Ein Austausch zwischen dem Bundesvorstand und den Koordinator*innen der FaFos hat
34 die zu Grunde liegenden strukturelle Herausforderungen deutlich
gemacht:

- 35 • Es fehlt an Reichweite und Einbindung der FaFos in den Verband,
36 beispielsweise durch eine mangelnde Bewerbung ihrer Arbeit auf der Website
und
anderen Kommunikationskanälen der GRÜNEN JUGEND.
- 37 • Aktuell gibt es für die Fachforen keine Möglichkeit, sich in Präsenz
38 auszutauschen, was einen direkten Austausch innerhalb der FaFos und den
Eintritt von neuen Mitgliedern in die FaFos erschwert.
- 39 • Die Themengebiete einzelner FaFos sind teilweise sehr groß. Das erschwert
40 die thematische Vertiefung und führt zu einer Zersplitterung, wodurch
sich viele Mitglieder nicht mehr angesprochen fühlen.
- 41 • Es besteht zu wenig Austausch zwischen den FaFos und den Delegierten der
Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGs).
- 42 • FINTA*-Personen sind in den FaFos unterrepräsentiert.

43 Diese Herausforderungen behindern die FaFos erheblich darin, ihre Aufgaben
44 vollumfänglich zu erfüllen. Eine umfassende Reform der FaFos ist daher
notwendig.

45 **5. Ziele der Reform**

46 Die Reform sollte dabei die folgenden zentralen Ziele verfolgen:

- 47 • Erhöhung von Sichtbarkeit und Beteiligung
- 48 • Bessere strukturelle Einbindung in den Verband
- 49 • Stärkung des inhaltlichen Austauschs innerhalb der FaFos

- 50
- Stärkere Beteiligung von FINTA*-Personen in den FaFos

51

6. Konkrete Verbesserungsvorschläge

52 Um die Reichweite und Einbindung in den Verband zu verbessern, würden folgende Dinge helfen:

- 53
- Bewerbung von Veranstaltungen im GJ-Telegram-Channel ermöglichen
- 54
- Bessere Internetpräsenz, wenn möglich eigene Seiten auf GJ-Website, die
- 55
- durch FaFo-Koordinator*innen gestaltet werden können, oder eigene Websites für alle Fachforen, die auf der GJ-Website verlinkt werden
- 56
- Ein (Online-) "FaFo-Tag" in Kooperation mit BuVo und Bildungsteam, an dem
- 57
- jedes FaFo Bildungsveranstaltungen, Diskussionen, Vorstellungstreffen veranstaltet
- 58
- Mehr Bewerbung der FaFos auf Bundesveranstaltungen der GRÜNEN JUGEND
- 59
- Ein gemeinsamer Kalender für Veranstaltungen der FaFos und der GRÜNEN JUGEND

60 Um bei Basismitgliedern die Sichtbarkeit und Beteiligung an den Fachforen weiter zu stärken, könnten folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 61
- Eine bessere Integration der FaFos bei (bereits bestehenden) GJ-
- 62
- Veranstaltungen, zum Beispiel in Form von Kooperationen mit dem Bildungsteam bei der Erstellung von Workshops
- 63
- Wahlen der Fachforen-Koordinator*innen und BAG-Delegierten digital
- 64
- abhalten, um beim Bundeskongress Raum für inhaltliche Veranstaltungen der Fachforen zu schaffen
- 65
- Eigene Präsenzveranstaltungen der Fachforen

66 Um die Vernetzung der FaFo-Koordinator*innen untereinander und mit dem BuVo zu
optimieren, schlagen wir folgende Dinge vor:

- 67 • Regelmäßige Treffen mit allen FaFo-Koordinator*innen
- 68 • Anlassbezogener Austausch zu politischen Inhalten mit den fachlich
passenden Fachforen
- 69 • Eine bzw. zwei Personen, die die Arbeit der FaFo-Koordinator*innen
70 koordinieren, neue FaFo-Koordinator*innen einbinden und die Kommunikation
mit dem BuVo weitgehend übernehmen
- 71 • Bessere Informationsweitergabe durch den BuVo (z. B. Protokolle von FaFo-
Treffen, Kontaktlisten der BAG-Delegierten)
- 72 • Eigene Videokonferenz-Räume für FaFos
- 73 • Vernetzung mit anderen Teams der GJ, z.B. dem Bildungsteam, um in
Kooperation Bildungsveranstaltungen zu planen
- 74 • Schulung neuer Koordinator*innen

75 Weiterhin könnten nützlich sein:

- 76 • Zusammenarbeit mit Geschlechterstrategie-Team zur gezielten Förderung von
FINTA*-Personen in den FaFos
- 77 • Klare Formulierung der Aufgaben der BAG-Delegierten, um Personen, die sich
78 auf das Amt bewerben, besser zu zeigen, was von ihnen erwartet wird.
 - 79 ◦ Folgende Aufgaben würden wir vorschlagen:
 - 80 ▪ Vertretung der GJ bei BAG-Treffen
 - Berichte in den FaFos über die BAG-Treffen

81

- Aktive Mitarbeit in den FaFos

82

- Perspektivisch: Weitere thematische Aufspaltung der FaFos bei steigender Beteiligung, um eine stärkere thematische Vertiefung zu ermöglichen

83

Wir hoffen, mit unseren Reformvorschlägen einen konstruktiven Beitrag zur Debatte über die Zukunft der FaFos zu leisten. Unser Ziel ist es, dass die FaFos wieder gut arbeiten können und mit ihrem Fachwissen eine echte Bereicherung für die politische Arbeit der GRÜNEN JUGEND darstellen.

84

85

86

Wir wollen nun gemeinsam im Verband eine breite Debatte führen – und diese beim nächsten Bundeskongress mit einem konkreten Antrag zur Reform der FaFos abschließen.

Begründung

Dieser Antrag ist ein gemeinsamer Antrag der Koordinator*innen der Fachforen der GRÜNEN JUGEND.

A-5 Wir sind hier. Nehmt uns wahr! - Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung als erster Schritt zur Inklusion

Antragsteller*in: Fabian Gründler, Carro Göbel, Ronja Zierold aus der Vernetzungsgruppe Behinderung
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

- 1 Menschen mit Behinderung (dies umfasst körperliche und kognitive Behinderung,
2 chronische und psychische Erkrankungen und Neurodivergenzen) machen
einen großen Teil unserer Gesellschaft aus, dennoch werden wir immer wieder
unsichtbar gehalten oder gemacht.
- 3 Häufig wird aufgezählt wofür wir stehen: Queerfeminismus, Klimagerechtigkeit,
4 Antirassismus, Antifaschismus – Antibleismus sucht mensch in solchen
Aufzählungen (wenn nicht in Einzelfällen von Menschen mit Behinderung selbst
erkämpft) vergeblich.
- 5 Wir als Grüne Jugend erkennen an, dass auch unsere Strukturen ableistisch sind
6 und Menschen mit Behinderungen von unseren Veranstaltungen
ausschließen.
- 7 Oft herrscht im Verband eine positive Grundhaltung, jedoch ist diese meist ein
8 kurzes Lippenbekenntnis und kein Anstoß zur Veränderung und zu wahrer
9 Inklusion. Wir nehmen wahr, dass Barrieren weiterhin bestehen und aktuell kein
10 Ansporn daran besteht etwas zu verändern. Dies möchten wir mit diesem
11 Antrag ändern. Denn Inklusion fordert eine Veränderung unserer
12 Verbandsstrukturen. Uns ist bewusst, dass dies ein langer Prozess ist. Dieser
Antrag
hier ist der erste Schritt von vielen notwendigen und soll vor allem erst einmal
die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung gewährleisten. Wir
verpflichten uns, Ableismus als strukturelles Problem innerhalb der Gesellschaft,
aber auch innerhalb unseres Verbandes zu erkennen und aktiv dagegen
zu arbeiten – durch Aufklärung, bewusste Sprache, Empowerment, interne
Sensibilisierung und aktive Veränderung.
- 13 Wir fordern, dass die Grüne Jugend sich auf folgende Weise gezielt für größere

Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung einsetzt:

14 1. Sichtbarkeit von Barrieren

15 Wir als Grüne Jugend müssen unsere eigenen Strukturen reflektieren und
16 überdenken. Dazu soll es langfristig eine Bundesstrategie geben, die dafür
17 sorgt, dass wir aktiv Menschen mit Behinderung ansprechen und ihnen einen
18 barriere- und diskriminierungsfreien Ort schaffen. Ein erster Schritt wäre
19 dafür Barrieren einer Veranstaltung klar benennen zu können, um Menschen mit
20 Behinderung die Möglichkeit zu geben, selbst einschätzen zu können ob
21 sie an der Veranstaltung teilnehmen können, auf welche Barrieren sie sich
22 einstellen müssen und welche Unterstützung sie benötigen. Dafür fordern wir
die Entwicklung eines Punktesystems. Dieses soll z.B. die Mobilität, Ernährung,
Staubbelastung, Schlafsituation, Lautstärke und Personenmenge
umfassen. Zudem soll dieses Punktesystem Personen helfen barriereärmere Orte zu
wählen und Sensibilität für das Thema schaffen, sowohl bei Menschen
mit, als auch bei Menschen ohne Behinderung. Bei der Entwicklung dieses Systems
sollen vor allem Betroffene miteinbezogen werden. Das System ist
wichtig, um langfristig Barrieren abzubauen, indem sensibilisiert wird und so
Barrieren wahrgenommen und bedacht werden.

23 2. Bildungsarbeit

24 Das Bundesbildungsteam wird dazu aufgefordert, einen Grundlagenworkshop
25 "Inklusion" zu entwickeln. Hier soll über Ableismus, Barrieren und
26 Behinderungen aufgeklärt werden. Unsere Mitglieder sollen sensible Sprache lernen
und darin geschult werden Barrieren zu erkennen. Auch ist es wichtig
eigene ableistische Gedanken und Verhalten reflektieren zu können und Fehler
anzuerkennen.

27 3. Disability Pride Flaggen

28 Wo immer die Grüne Jugend auftaucht sind Pride Flaggen zu sehen, ein wundervolles
29 Zeichen, denn Queere Menschen werden sichtbar gemacht und sehen
30 sofort auch von außen: Hier werde ich angenommen, hier kann ich mich (zumindest)
31 sicherer fühlen. Für diese Sichtbarkeit und dieses Willkommen heißen
32 soll es normal werden, dass Kreisverbände, Landesverbände und der Bundesverband
33 Disability Pride Flaggen besitzen und auf Veranstaltungen zeigen.
Hierfür sollen auch Disability Pride Flaggen mit GJ Logo vom Bundesverband zur
Verfügung gestellt werden und von allen genutzt werden. Denn auch
Menschen mit Behinderung haben in der GJ einen Safer Space verdient. Zudem ist
dies ein erstes öffentlich wirksames Symbol und kann ermöglichen, mit
Externen ins Gespräch zu kommen und leistet so erste gesellschaftliche
Aufklärungsarbeit.

34 4. Einfache Sprache

35 Wir fordern, dass alle GJ Anträge und Bewerbungen auch in einfacher Sprache zur
36 Verfügung gestellt werden müssen. Hierfür schlagen wir vor, ein
37 Textfeld im Antragsgrün zu ergänzen, wie es in Mecklenburg Vorpommern bereits
Praxis ist. Dies führt zu einer Auseinandersetzung mit einfacher
Sprache, Sichtbarkeit für diese Barrieren und mehr Beteiligungsmöglichkeit.

38 5. Themenjahr Inklusion

39 Es reicht nicht aus, nur unsere eigenen Barrieren abzubauen. Es muss auch unsere
40 Aufgabe sein, unsere Mitglieder und die Gesellschaft zum Thema
41 Ableismus zu schulen und zu sensibilisieren. Deshalb fordern wir ein Themenjahr
42 Inklusion bis spätestens 2030 der Grünen Jugend. Bis dahin muss die
43 Grüne Jugend die Forderungen von Punkt 1-4 umgesetzt haben, um eigene Barrieren
44 abzubauen und einen sensiblen Umgang mit dem Thema gefunden haben. In
diesem Jahr organisieren wir konkrete Kampagnen und Bildungsangebote zu Inklusion,
Barrierefreiheit und Ableismus-Kritik. Hier ist das Ziel Barrieren
sichtbar zu machen und Menschen mit Behinderung eine öffentliche Fläche zu bieten
ihre Erfahrungen zu teilen. Bei der Erarbeitung werden insbesondere
die Perspektiven von Menschen mit Behinderung berücksichtigt.

45 Wichtig: Das Jahr der Inklusion ist nicht der Abschluss unserer
Inklusionsstrategie, sondern eine erste breite Aktion.

46 Einfache Sprache:

47 Menschen mit Behinderung gibt es viele. Dazu gehören Menschen mit körperlicher
48 und geistiger Behinderung. Auch Menschen mit chronischen Krankheiten
49 oder psychischen Erkrankungen. Und Menschen, die anders denken oder fühlen. Oft
50 werden diese Menschen nicht gesehen. Sie werden übersehen. Wir von der
51 Grünen Jugend wissen: Auch bei uns werden Menschen mit Behinderung übersehen. Sie
können oft nicht an unseren Veranstaltungen teilnehmen. Das wollen
wir ändern. Wir wollen Barrieren abbauen. Barrieren sind zum Beispiel Treppen für
Menschen im Rollstuhl. Oder schwierige Texte für Menschen, die nicht
gut lesen können. Wir wollen, dass alle Menschen teilnehmen können. Wir wollen,
dass Menschen mit Behinderung mehr gesehen werden.

52 Darum fordern wir:

53 1. Sichtbarkeit von Barrieren

54 Wir müssen uns selbst kritisch anschauen. Wie können wir besser werden, dass
55 Menschen mit Behinderung mitmachen können? Wir wollen eine Strategie

56 entwickeln. Ein erster Schritt: Wir sagen klar, welche Barrieren es bei
57 Veranstaltungen gibt. So können Menschen mit Behinderung selbst entscheiden,
ob sie teilnehmen können. Wir wollen ein Punktesystem entwickeln. Das hilft zu
verstehen, welche Barrieren es gibt. Zum Beispiel bei der Mobilität
oder Ernährung. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung bei der Entwicklung
helfen.

58 2. Bildungsarbeit

59 Das Bundes-bildungs-Team soll einen Workshop zu den Grundlagen Ableismus,
60 Barrieren und Behinderung machen. Mitglieder der Grünen Jugend sollen eigene
Handlungen hinterfragen. Es ist wichtig Fehler zu erkennen.

61 3. Disability Pride Flaggen

62 Wo die Grüne Jugend ist, sieht man oft Pride Flaggen. Das ist ein Zeichen: Hier
63 sind alle willkommen, auch queere Menschen. Wir wollen, dass das auch
64 für Menschen mit Behinderung so ist. Unsere Verbände sollen Disability Pride
Flaggen haben. Und sie bei Veranstaltungen zeigen. Und es soll Disability
Pride Flaggen gehen, auf denen Grüne Jugend steht. So fühlen sich auch Menschen
mit Behinderung willkommen.

65 4. Einfache Sprache

66 Wir fordern, dass alle unsere Texte auch in einfacher Sprache geschrieben werden.
67 Das macht es leichter zu verstehen. Wir wollen, dass alle Mitglieder
lernen, einfache Sprache zu benutzen.

68 5. Themenjahr Inklusion

69 Wir wollen nicht nur selbst besser werden. Wir wollen auch anderen helfen zu
70 verstehen, was Barrierefreiheit bedeutet. Wir fordern ein Themenjahr
71 Inklusion bis spätestens 2030. In diesem Jahr wollen wir Aktionen und
Bildungsangebote machen. Wir wollen, dass Barrieren sichtbar werden. Und dass
Menschen mit Behinderung ihre Erfahrungen teilen können. Bei der Planung sollen
ihre Perspektiven besonders beachtet werden.

A-6 Zivilgesellschaft im Nahen Osten schützen - Gerechten Frieden schaffen

Gremium: Landesvorstand der GJ Bremen
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Am 7. Oktober 2023 verübte die **Terrororganisation Hamas ein brutales Massaker an**
2 **der israelischen Zivilbevölkerung.** Die Hamas beschießt Israel mit
3 Tausenden Raketen und dringt mit bis zu 3.000 bewaffneten Kämpfern in das Land
4 ein. Ziel sind vor allem Menschen aus der Zivilbevölkerung. Mehr als
200 Menschen werden von der Hamas entführt, mehr als 1.200 Menschen getötet [1].
Es handelt sich damit um das **schlimmste Pogrom gegen Jüdinnen und**
Juden seit der Schoa. Wir verurteilen diesen antisemitischen, terroristischen Akt
ohne Einschränkungen.

5 Als Reaktion auf den Angriff der Hamas führt die israelische Regierung seither
6 Krieg im Gaza-Streifen. Dabei wurden auch zehntausende palästinensische
7 Zivilist:innen getötet, verletzt oder vertrieben [2]. Die humanitäre Lage in
8 Gaza, die schon vor der israelischen Offensive sehr schlecht war, kann
9 heute als **humanitäre Katastrophe** bezeichnet werden. Immer wieder wird wichtige
10 zivile **Infrastruktur zum Ziel von Angriffen.** Etwa wurden Krankenhäuser
11 zerstört, sodass es aktuell keine voll funktionsfähigen Krankenhäuser im gesamten
12 Gaza-Streifen mehr gibt. Millionen Menschen befinden sich ohne
13 Schutz auf der Flucht. **Es fehlt an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Medikamenten,**
in diesem Frühjahr blockierte die israelische Regierung fast drei
Monate lang sämtliche Hilfslieferungen nach Gaza. Auch die aktuell genehmigten
Hilfsgüter reichen nicht ansatzweise aus. Anfang des Jahres wurde eine
Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas vereinbart. In diesem Rahmen konnten
einige israelische Geiseln befreit werden. Die Waffenruhe wurde nach
zwei Monaten durch die israelische Armee gebrochen [3]. Einen vollständigen
Rückzug seiner Armee lehnt die israelische Regierung ab, sodass weitere
Bemühungen um einen Waffenstillstand bis jetzt erfolglos blieben.

14 **Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel ein**
15 **Recht darauf hat, seine Bevölkerung zu schützen und zu verteidigen.**
16 **Klar ist auch, dass Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht immer**
handlungsleitend sein müssen und nicht eingeschränkt werden dürfen. Israel
verstößt in Gaza immer wieder gegen diese Grundsätze.

17 Im Frühjahr 2024 begann Israel mit einer Großoffensive in der Stadt Rafah,
18 nachdem sehr viele Palästinenser:innen auf israelische Anweisung in diesen
19 Teil des Gaza-Streifens geflohen waren, und obwohl der Internationale Gerichtshof
20 die Offensive untersagt hatte. Anfang des Jahres wurden
21 Hilfslieferungen mit Medikamenten und Nahrungsmitteln durch die israelische Armee
22 vollständig blockiert, um diese als Druckmittel zu nutzen.
23 Regelmäßig wird das sehr kleine und dicht besiedelte Gebiet des Gaza-Streifens,
24 in dem Menschen keinen Schutz finden können, massiv bombardiert, wobei
25 immer wieder auch Schulen, Krankenhäuser und Flüchtlingscamps zum Ziel von
26 Raketenangriffen werden. Eine Kriegsführung, die die Zivilbevölkerung mit
27 derartigem Leid überzieht, ist nicht zu rechtfertigen. Anfang Mai verkündete die
28 israelische Regierung, den Gazastreifen dauerhaft besetzten und die
29 palästinensische Bevölkerung vertreiben zu wollen. Mittlerweile hat die
israelische Armee eine Offensive eingeleitet, um diese Ziele durchzusetzen.
Diese Beispiele zeigen das völkerrechtswidrige Vorgehen Israels. Diese Position
deckt sich mit der Einschätzung internationaler Gerichte. Der
Internationale Gerichtshof ermittelt derzeit wegen des Verdachts auf einen
Völkermord gegen Israel. Im Januar 2024 verpflichtete er Israel,
vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Gewährleistung humanitärer Hilfe
und die Verfolgung öffentlicher Aufstachelungen, um einen Genozid in
Gaza zu verhindern [4]. Ausreichend nachgekommen ist die israelische Regierung
diesen Aufforderungen nicht. Der Internationale Strafgerichtshof hat im
Herbst 2024 Haftbefehle gegen Premierminister Netanjahu und seinen ehemaligen
Verteidigungsminister erlassen, da diese für Kriegsverbrechen und
Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien.

30 **Die Hamas verstößt regelmäßig gegen das Völkerrecht**, mit Massakern an
31 israelischen Menschen, und wenn sie Zivilist:innen im Gaza-Streifen als
32 menschliche Schutzschilde missbraucht und deren Tod einkalkuliert. Das ist
33 unbestritten und klar zu verurteilen. Es bedeutet jedoch nicht, dass
Israel ebenfalls Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch
gewählten israelischen Regierung erwarten wir, dass sie sich im Gegensatz zu
Terrororganisationen an internationales Recht hält und eine verantwortungsvolle
Rolle bei der Erreichung von Frieden in der Region einnimmt.

34 **Ziel muss es jetzt sein, einen dauerhaften Waffenstillstand herzustellen, der**
35 **auch die sofortige Freilassung aller Geiseln umfasst, und einen Prozess**
36 **zu einem langfristigen und gerechten Frieden einzuleiten. Das meint eine Lösung**
des Konflikts, die Sicherheit für alle Menschen in der Region, sowie
Freiheit und Selbstbestimmung für Palästina ermöglicht.

37 **Keine deutschen Waffen für Kriegsverbrechen**

38 Die Worte und Handlungen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von
39 verbündeten Staaten haben einen Einfluss auf das Vorgehen der

40 israelischen Regierung. Entsprechend sehen wir die deutsche Bundesregierung in
41 der Pflicht, all ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen **sofortigen
und dauerhaften Waffenstillstand** herbeizuführen. Waffenlieferungen aus Deutschland
nach Israel sind damit nicht vereinbar. Der Waffenstillstand muss
die Freilassung der Geiseln, ausreichend humanitäre Hilfe und den Rückzug der
Israelischen Armee aus Gaza beinhalten.

42 Dazu gehört es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller Beteiligten
43 klar zu benennen und zu verurteilen. Vertreter:innen der letzten
44 sowie der aktuellen Bundesregierung haben sich in der Vergangenheit entweder gar
45 nicht oder mit zu wenig Nachdruck zu den Menschenrechtsverletzungen
46 durch die israelische Armee geäußert. Es ist nachvollziehbar und richtig, dass in
47 Deutschland, aufgrund deutscher Vergangenheit, eine hohe Solidarität
48 mit und Unterstützung für Israel besteht. Diese Solidarität mit der israelischen
49 Bevölkerung sollen wir nicht aufgeben, sie ist aber nicht
gleichbedeutend damit, jegliche Handlungen einer teils rechtsextremen Regierung
zu tolerieren oder zu rechtfertigen. Die deutsche Geschichte lehrt uns
auch, für Menschenrechte einzustehen, weshalb es unsere Pflicht ist, auch
Handlungen der rechtsextremen Regierung in Israel zu kritisieren. Wir
erwarten, dass die deutsche Bundesregierung in Zukunft eine klarere Haltung zu
völkerrechtswidrigen Handlungen einnimmt, sowohl im öffentlichen
Diskurs in Deutschland, als auch gegenüber Vertreter:innen der israelischen
Regierung.

50 Neben klaren Worten braucht es zudem Taten. Wir fordern die deutsche
51 Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur **Umsetzung der Entscheidungen
internationaler Gerichte auf**. Dies ist Voraussetzung für eine glaubhafte
Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.

52 Außerdem ist es für uns essenziell, dass **Menschenrechtsverletzungen nicht durch
53 deutsche Waffen unterstützt und verschärft werden dürfen**. Seit Israel
54 Krieg in Gaza führt, ist die Lage immer weiter eskaliert und trotz
55 internationaler Apelle wurden immer wieder **Völkerrecht und Menschenrechte
56 missachtet**. Trotzdem liefert Deutschland nach wie vor Waffen an Israel. Trotz
57 einiger Anpassungen, etwa in Bezug auf die Lieferung von Kriegswaffen,
58 tragen deutsche Waffen weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen in Gaza bei. Zudem
gibt es keine Transparenz darüber, welche Waffen aktuell geliefert
werden. Wir fordern deshalb einen sofortigen **Stopp aller Waffenlieferungen** an
Israel. Spätestens in den letzten 1,5 Monaten hat sich gezeigt, dass
immer mehr Waffen für Israel nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern zu einer
weiteren Eskalation. Es ist höchste Zeit, tatsächliche Lösungsansätze
für den Konflikt anstelle von Waffenlieferungen in den Fokus zu stellen.

59 **Hilfsblockaden aufbrechen**

60 Seit Oktober 2023 hat Deutschland über 300 Millionen € an humanitärer Hilfe für
61 die Menschen in Gaza bereitgestellt. Diese **finanzielle Unterstützung**
62 ist sehr wichtig und muss **dauerhaft und planbar** aufrechterhalten bleiben.
63 Finanzielle Mittel bereitzustellen ist zudem nicht ausreichend, wenn die
64 Hilfe nicht oder nur verzögert bei den Menschen ankommt. Durch Blockade und
65 langwierige Kontrollen durch Israel haben Menschen in Gaza keine
66 ausreichenden Zugang zu Hilfsgütern. Zudem trägt auch die Hamas dazu bei, dass
67 nicht alle Hilfsgüter bei der Zivilbevölkerung ankommen. Anfang des
68 Jahres hat die israelische Regierung zudem dem Palästinenserhilfswerk UNRWA
69 verboten, seine Arbeit auszuüben. Dadurch geht wichtige Infrastruktur
70 verloren und es entstehen extreme Versorgungslücken. Andere Organisationen können
den Wegfall des UNRWA nicht auffangen, die Hilfe über neue
Verteilzentren der "Gaza Humanitarian Foundation", die von Israel unterstütz
wird, ist unzuverlässig und setzt Zivilist:innen zusätzlichen Gefahren
aus. Deutschland muss die Humanitäre Hilfe in Gaza dementsprechend nicht nur
finanziell unterstützen, sondern auch **politischen Druck ausüben und**
logistisch unterstützen. Die Bundesregierung sollte sich deswegen aktiv für die
Öffnung weiterer Grenzübergänge einsetzen, sich an humanitären Luft-
und Seebrücken beteiligen und Hilfsorganisationen und UN-Organisationen, die
Hilfe in Gaza leisten, unterstützen. Das umfasst unter anderem
diplomatischen Schutz für deutsche Aktivist:innen, die in Gaza humanitäre Hilfe
leisten.

71 Sicherheit und Selbstbestimmtheit für alle

72 Eine Waffenruhe ist ein erster wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Es
73 braucht langfristige, gerechte Lösungen. Ein gerechter Frieden kann nur
74 durch eine umfassende Lösung erreicht werden, die auf dem Völkerrecht, der
75 **Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen in der Region** und dem Ende
der Besatzung basiert. Dazu gehört die diplomatische Anerkennung eines souveränen
palästinensischen Staates. Viele Staaten erkennen Palestina bereits
an. Es ist wichtig, dass auch Deutschland diesen Schritt geht.

76 Frieden setzt voraus, dass die Lebensrealitäten der palästinensischen Bevölkerung
77 endlich anerkannt und verbessert werden: Die Besatzung, die
78 fortschreitende Enteignung durch den Siedlungsbau im Westjordanland, die
79 Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die alltägliche militärische Kontrolle
80 sowie der Entzug grundlegender Rechte. Denn Unterdrückung und Brüche des
81 Völkerrechts sind keine neue Erscheinung nach dem 7. Oktober 2023, sondern
Ausdruck eines strukturellen Unrechts, das seit Jahrzehnten andauert. Diese
Verstöße zu benennen, ist ein Schritt hin zu einem gerechten Frieden.
Ebenso muss die Sicherheit der israelischen Bevölkerung gewährleistet sein –
jedoch nicht durch militärische Unterdrückung, sondern durch eine
politische Lösung, die Sicherheit auf Grundlage von Gerechtigkeit schafft.

82 Ein zentraler Bestandteil eines gerechten Friedens ist das Einbeziehen der
83 Zivilgesellschaften. Solidarität und gemeinsame Visionen für ein Leben in
84 Würde und Freiheit können politische Prozesse ergänzen und langfristig
stabilisieren. Friedliche Verhandlungen müssen unter internationaler
Vermittlung geführt werden und dürfen nicht von geopolitischen Interessen
bestimmt werden.

85 Der Staat Israel trägt als Besatzungsmacht eine Verantwortung für die derzeitige
86 Lage in den palästinensischen Gebieten. Ein gerechter und dauerhafter
87 Frieden ist nur möglich, wenn Israel seine Politik grundlegend ändert: Die
88 anhaltende Besatzung, die systematische Entrechtung und militärische Gewalt
89 gegen die palästinensische Bevölkerung befeuern Hass und Radikalisierung. Die
90 Hamas ist eine Terrororganisation, die mit ihren Angriffen auf die
91 israelische Zivilbevölkerung schwere Verbrechen begeht und keinen Beitrag zu
92 einer demokratischen oder friedlichen Lösung leisten kann. Gleichzeitig
93 entsteht in einem Klima der Unterdrückung kein Raum für demokratische,
zivilgesellschaftliche Kräfte in den palästinensischen Gebieten, die eine echte
Alternative zur Hamas darstellen könnten. Der Krieg in Gaza, der offiziell der
Zerschlagung der Hamas dienen soll, hat dieses Ziel bislang nicht
erreicht und stattdessen zehntausenden Zivilist:innen das Leben gekostet und die
Sicherheitslage für alle – Israelis wie Palästinenser:innen – massiv
verschlechtert. Ein Ende der Gewalt, der Besatzung und der Blockade ist die
Voraussetzung dafür, dass langfristig eine politische Lösung möglich wird
– jenseits von Terror, Unterdrückung und militärischer Eskalation.

94 Wer Frieden will, muss Besatzung und Entrechtung beenden, gleichberechtigte
95 Staatlichkeit ermöglichen und den unerschöpflichen Einsatz der
Zivilgesellschaft stärken. Nur so entsteht eine Zukunft, in der alle Menschen im
nahen Osten in Würde, Freiheit und Sicherheit leben können.

96 Aktivismus für den Frieden unterstützen

97 Aktivismus, der aus der Zivilgesellschaft vor Ort kommt, ist ein elementarer
98 Bestandteil für einen Friedensprozess in der Region und eine langfristige
99 Lösung des Konflikts. Es wäre falsch, die israelische und palästinensische
100 Bevölkerung mit ihren Regierungen gleichzusetzen und Stimmen aus der
101 Zivilgesellschaft zu ignorieren. Die Hamas handelt nicht nach den Bedürfnissen
102 der palästinensischen Bevölkerung und genießt wenig Vertrauen in
dieser. So protestierten etwa im März diesen Jahres Hunderte Palästinenser:innen
in Gaza gegen den Krieg und gegen die Hamas, trotz drohender Gewalt
und Repression. Auch in Israel gibt es zahlreiche Proteste aus der
Zivilgesellschaft gegen die rechte Regierung und deren völkerrechtswidriges
Handeln. Mehrere Tausend Israelis gehen dafür regelmäßig auf die Straße.

103 Verschiedenen israelische sowie palästinensische Aktivist:innen und Gruppierungen

104 setzten sich seit Jahren und Jahrzehnten für Frieden im Nahen Osten,
105 für die Wahrung der Menschenrechte, für Meinungspluralismus, für Rechte und
106 politische Teilhabe verschiedener Gruppen ein. Wir sprechen allen
107 Personen, die diese sehr wichtige Arbeit auch unter den aktuellen Bedingungen
108 leisten, unsere Solidarität aus und unterstützen Aktivismus für Frieden
im Nahen Osten nach unseren Möglichkeiten. Dazu gehört auch, dass Deutschland
derartige Organisationen durch Finanzierung unterstützt. Gerade in der
aktuellen Situation ist es fatal, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen
dadurch geschwächt werden, dass ihnen aus intransparenten Gründen
Fördermittel gestrichen werden.

109 **Antisemitismus & antimuslimischen Rassismus bekämpfen**

110 Der Nahost-Konflikt hat auch über die Region hinaus Folgen. Auch die
111 gesellschaftliche Stimmung in Deutschland wurde im letzten Jahr durch die
Ereignisse beeinflusst.

112 Die Anzahl antisemitischer Straftaten in Deutschland hat bereits in den letzten
113 Jahren deutlich zugenommen. Seit dem Anschlag vom 7. Oktober ist zudem
114 ein besonderer Anstieg zu verzeichnen. Außerdem steigt nicht nur die Quantität
115 der antisemitischen Straftaten, sondern auch die schwere der Angriffe,
116 etwa nehmen Körperverletzungen enorm zu. Auch im Rahmen pro-palästinensischer
Demonstrationen kommt es zu Vorfällen, bei denen antisemitische Parolen
verwendet werden oder die Verbrechen der Hamas relativiert und gefeiert werden.
Hinzu kommt der generelle Rechtsruck in Deutschland, der ebenfalls zu
einer Zunahme an Antisemitismus führt.

117 Auf der anderen Seite hat sich seit dem 7. Oktober 2023 die negative Stimmung
118 gegen migrantisierte Menschen aus arabischen Ländern in Deutschland
119 verstärkt. Der Nahost-Konflikt und pro-palästinensische Demonstrationen in
120 Deutschland werden von einigen Politiker:innen zum Anlass genommen, mehr
121 Abschiebungen und Restriktionen in der Asylpolitik zu fordern und
122 Meinungsäußerungen zu delegitimieren. Erst kürzlich sollten vier Menschen aus
123 Deutschland abgeschoben werden, weil sie in Berlin an propalästinensischen
Aktionen beteiligt waren. Es ist jedoch inakzeptabel, alle Teilnehmer:innen
von pro-palästinensischen Demonstrationen und Aktivist:innen in diesem
Themenbereich pauschal als antisemitisch zu verurteilen, und erst recht alle
muslimischen Menschen. Derartigen Narrativen müssen wir uns klar entgegenstellen.
Zudem braucht es eine höhere Aufmerksamkeit für sowie, kritische
Einordnung von polizeilichen Repressionen im Rahmen von Kundgebungen.

124 Als Grüne Jugend stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und (anti-
125 muslimischen) Rassismus. Unser Anspruch in Deutschland muss es sein, gerade vor
126 dem Hintergrund deutscher Geschichte, dass sich alle Jüdinnen und Juden in
127 Deutschland sicher fühlen. Unser Anspruch muss es auch sein, dass alle

Menschen in Deutschland Gebrauch von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit machen können, ohne pauschale Verurteilungen und Repressionen fürchten zu müssen. Es ist nicht akzeptabel, wenn Antisemitismus mit Rassismus bekämpft wird.

128 Stattdessen müssen wir in Deutschland wieder zu einem offenen und ausgewogenen
129 Diskurs kommen, in dem klar zwischen der israelischen Regierung und der
jüdischen Bevölkerung unterschieden wird, sowie auch zwischen der Hamas und der
palästinensischen Bevölkerung.

130 **Deshalb fordern wir:**

- 131 • den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen von Deutschland an Israel
- 132 • einen dauerhaften Waffenstillstand
- 133 • die bedingungslose und sofortige Freilassung aller Geiseln
- 134 • den vollständigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen
- 135 • das Umsetzen der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs und des
Internationalen Strafgerichtshofs
- 136 • Ausreichend humanitäre Hilfe für die Menschen im Gaza-Streifen
- 137 • den aktiven Einsatz für einen langfristigen und nachhaltigen Friedenprozess
- 138 • die Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in
Deutschland

139 Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter der Gewalt leiden – unabhängig
140 von Nationalität, Religion oder Herkunft. Wir setzen uns für eine
Welt ein, in der Gerechtigkeit, Völkerrecht und Menschlichkeit im Zentrum
politischen Handelns stehen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Quellen:

- [1] <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-hamas-was-am-7-oktober-geschah-100.html>
- [2] <https://www.ochaopt.org/content/one-year-unimaginable-suffering-7-october-attack>
- [3] <https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-konflikt-israel-bricht-waffenruhe-nach-zwei-monaten-a-e69e84b8-581f-4e61-a72e-67f730aab356>
- [4] <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf>

A-7 Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit – Verbotsverfahren gegen die AfD einleiten

Gremium: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Demokratie ist nicht nur wählen zu gehen. Demokratie kann und muss wehrhaft sein,
2 wenn sie angegriffen wird. Spätestens mit der Einstufung als
3 gesichert rechtsextremistisch durch das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt
die *Alternative für Deutschland* (AfD) eine Gefahr für unsere Demokratie
dar.

4 Zahlreiche Funktionär*innen der Partei relativieren oder leugnen die Verbrechen
5 des Nationalsozialismus, hetzen gegen Migrant*innen und
6 migrantisierten Menschen, Menschen mit Behinderung, queere Menschen, Muslim*innen
7 und Juden*Jüdinnen und sprechen dem demokratischen Rechtsstaat seine
Legitimität ab. Seit dem 10.06.2025 wissen wir: 40% der 50 000 vom
Verfassungsschutz erfassten Rechtsextremist*innen in Deutschland sind AfD
Mitglieder!

8 Die AfD verfolgt ein ethnisch-nationalistisches, autoritäres Gesellschaftsbild
9 und ist damit eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische
10 Grundordnung. Ein Verbotsverfahren wäre ein klares Signal, dass unser Rechtsstaat
nicht tatenlos zusieht, wenn verfassungsfeindliche Kräfte an der
Aushöhlung der Demokratie arbeiten.

11 Einige GRÜNE JUGEND und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Landesverbände haben bereits AfD-
Verbotsanträge beschlossen. Jetzt sind wir auf Bundesebene dran.

Konkrete Auswirkungen eines AfD-Verbots

13 Ein Verbot der AfD würde der Partei den Zugang zu staatlicher
14 Parteienfinanzierung entziehen. Im Jahr 2022 erhielt die AfD rund 17 Millionen
15 Euro aus
16 öffentlichen Mitteln, von denen etwa 12,5 Millionen Euro für Fraktionspersonal
verwendet wurden. Zusätzlich stehen der AfD-Fraktion und ihren

Abgeordneten jährlich über 30 Millionen Euro aus Steuergeldern für die Bezahlung von Mitarbeitern zur Verfügung. Ein Verbot würde diesen finanziellen Zufluss stoppen und der Partei somit erhebliche Ressourcen entziehen.

17 Zudem würde ein Verbot auch den rechtlichen Schutz entziehen, den das
18 Parteienprivileg im Grundgesetz gewährt. Konkret bedeutet das den Verlust der
19 politischen Immunität. Behörden dürften die Strukturen, Treffen, Publikationen
20 und Finanzflüsse der AfD wie bei jeder anderen extremistischen
21 Vereinigung konsequent verfolgen. Auch Ersatz- oder Tarnorganisationen, die unter
neuem Namen das gleiche Ziel verfolgen, könnten sofort verboten
werden. Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Werbung oder Online-
Inhalten dürfte untersagt oder gelöscht werden, da die Partei dann
keinen Anspruch mehr auf Meinungs- oder Versammlungsfreiheit im parteilichen
Kontext hätte.

22 **Wir müssen JETZT handeln!**

23 Ein Verbotsverfahren gegen die AfD allein wird nicht verhindern, dass
24 menschenfeindliche Einstellungen existieren oder geäußert werden. Trotzdem ist
für uns als GRÜNE JUGEND klar: Wer die Demokratie bekämpft, kann sich nicht auf
sie berufen.

25 Märtyrer-Inszenierungen und Protestreaktionen seitens der AfD und seiner
26 Wähler*innenschaft sind durchaus realistisch, aber **kein Grund, tatenlos**
27 **zuzusehen**. Denn die AfD inszeniert sich schon längst als Opfer ganz unabhängig
28 von einem Verbot. Sie spricht regelmäßig von „Zensur“,
„Meinungsverboten“ und „Altparteienkartell“. Diese Rhetorik gehört zu ihrer
Strategie. Nur weil sich Extremist*innen beklagen können, sollten wir als
Demokrat*innen uns nicht davon abhalten lassen, unsere Demokratie zu verteidigen.

29 Die AfD muss verboten werden! Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND die Einleitung
eines Verbotsverfahrens gegen die AfD durch folgende Schritte:

30 **1. Aktives Handeln der Bundesregierung**

31 Die Bundesregierung muss Verantwortung übernehmen und aktiv auf ein mögliches
32 Verbot hinarbeiten. Sie sollte Expert*innen aus Verfassungsschutz,
33 Justiz und Wissenschaft beauftragen, juristisch verwertbare Beweise zu sichern
und auszuwerten. Damit wird eine rechtssichere Grundlage geschaffen,
auf der ein Verbotsantrag erfolgreich eingereicht und begründet werden kann.

34 **2. Klare Haltung der demokratischen Parteien**

35 Alle demokratischen Parteien im Bundestag und in den Landesparlamenten sind

36 aufgerufen, sich deutlich für die Vorbereitung eines AfD-Verbotsverfahrens
auszusprechen. Es braucht parteiübergreifende Entschlossenheit, um den Angriff
auf die Demokratie abzuwehren und den Weg für ein Verfahren zu ebnen.

37 **3. Gemeinsames Handeln der antragsberechtigten Verfassungsorgane**

38 Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat – die drei verfassungsrechtlich
39 antragsberechtigten Institutionen – müssen ihre Verantwortung gemeinsam
40 wahrnehmen. Es ist jetzt an der Zeit, dass sie ernsthaft prüfen, ob ein
41 Verbotsantrag gestellt werden kann und sollte. Die Entscheidung über einen
solchen Antrag darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern muss im
Interesse der Demokratie zügig, verantwortungsvoll und mit breitem
Rückhalt getroffen werden.

A-8 Jeder Femizid ist einer zu viel!

Gremium: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Jeder Femizid ist einer zu viel.

2 Femizide sind die extremste Form von Gewalt gegen Frauen und ein Ausdruck
3 struktureller, patriarchaler Machtverhältnisse. Trotz der Schwere dieses
4 Themas wird Gewalt an FLINTA* Personen oft ignoriert oder heruntergespielt.
Teilweise werden Femizide in den Medien als Familientragödien oder
Eifersuchtsdrama betitelt.

5 Wenn Betroffene befürchten müssen bei einem Trennungsversuch Gewalt, Stalking,
6 Armut oder Mord zu erleiden, sind dies leider Gründe, den
7 gewaltausübenden Partner nicht verlassen zu können. Um sich dennoch trennen und
8 schützen zu können, brauchen sie dringend professionelle Beratung, ein
9 qualifiziertes Fallmanagement, individuell angepasste Sicherheitskonzepte,
solidarische Unterstützung, sichere Unterkünfte und Möglichkeiten zur
Aufarbeitung des Erlebten. Wenn diese notwendigen Hilfen nicht zuverlässig durch
staatlich finanzierte Angebote zur Verfügung stehen, wird der Weg in
ein gewaltfreies Leben massiv erschwert.

10 Wir brauchen entschlossene politische Reaktionen und vor allem
11 Präventionsmaßnahmen, um Femiziden konsequent entgegenzutreten. Feministische
12 Fachberatungsstellen, TINA*-inklusive Frauenhäuser und engagierte Initiativen
13 setzen sich seit vielen Jahren mit großem Engagement für die Prävention
geschlechtsspezifischer Gewalt ein und es existieren zahlreiche, wirkungsvolle
Konzepte zur Verhinderung schwerer Gewalt. Doch oft scheitert ihre
Umsetzung an fehlender politischer Unterstützung und unzureichender Finanzierung.

14 Das Gewalthilfegesetz, das am 14. Februar vom Bundestag verabschiedet wurde,
15 reicht aus unserer Sicht nicht aus. Selten werden in Erhebungen über
Gewalt im häuslichen Kontext TINA* Perspektiven mituntersucht, obwohl die Gewalt
gegen queere und TINA* Personen kontinuierlich steigt.

16 Das Gewalthilfegesetz lässt in seiner aktuellen Fassung offen, ob trans* Frauen

17 mitgemeint sind – in früheren Gesetzesentwürfen wurden TINA* Personen
18 explizit mitgenannt.

18 **Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND:**

- 19 • Anerkennung von Tötungsdelikten an Frauen als Femizide
- 20 • Weiterführung und Ausbau der systematischen Datenerfassung von Femiziden,
21 bspw. durch eine Beobachtungsstelle, wie das erstmals am 19. November
22 2024 vorgestellte Lagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete
23 Straftaten 2023“.
- 24 • Ausweitung der systematischen Datenerfassung und Erhebungen auf TINA*
25 Personen.
- 26 • Gezielte Präventionsarbeit, insbesondere in Bildungseinrichtungen sowie
27 Sensibilisierung für die besonderen Erfordernisse im Umgang mit und dem
28 Erkennen von Femiziden in der Justiz und der Polizei. Hierfür fordern wir
29 eine verpflichtende Fortbildung für die Polizei und Justiz und die
30 Aufnahme der Thematik „ geschlechtsspezifische Gewalt“ mit in die
31 Ausbildung.
- 32 • Konsequente Strafverfolgung geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich
33 wirksamer Ermittlungen, Opferschutzmaßnahmen, spezialisierter
34 Fachstellen bei Polizei und Justiz sowie niedriger Zugangsschwellen für
35 Betroffene.
- 36 • Umfassende Sensibilisierungskampagnen und stärkere Förderung
wissenschaftlicher Forschung zu Ursachen und Dynamiken
geschlechtsspezifischer
Gewalt. Denn Patriarchale Gewalt betrifft alle gesellschaftlichen Gruppen.
Und um dem wirksam zu begegnen, braucht es umfassende Aufklärung,
beginnend in Schulen.
- Implementierung verlässlicher Schutzmechanismen für Betroffene häuslicher
und sexualisierter Gewalt sowie Ausbau und Finanzierung der
Frauenhausplätze. Projekte wie „Wohnen nach dem Frauenhaus“, mit dem
Belegrechte an Sozialwohnungen für Frauen erworben werden, muss ausgeweitet
und für TINA* Personen geöffnet werden.
- Istanbul-Konvention umsetzen und barrierefrei ausbauen. Dazu gehört der
flächendeckende Ausbau von Schutz- und Unterstützungsangeboten für
Betroffene, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Behinderung oder sexueller
Identität. Alle Maßnahmen müssen barrierefrei zugänglich sein:

Sprachlich, physisch, digital und kulturell.

37 Ein intersektionaler Blick auf Femizide zeigt, dass FLINTA* Personen aufgrund
38 verschiedener Diskriminierungsformen, wie Rassismus, Klassismus oder
39 Ableismus, unterschiedlich von Gewalt betroffen sind. Diese Überschneidungen von
40 Diskriminierung führen dazu, dass einige FLINTA* Personen besonders
vulnerabel sind und spezifische Schutzmaßnahmen benötigen. Es ist daher
essenziell, dass politische Maßnahmen diese intersektionalen Aspekte
berücksichtigen, um allen betroffenen FLINTA* Personen gerecht zu werden.

41 **Deshalb fordern wir:**

- 42 • Verbindliche Fortbildungen im Bereich Queer- und Transfeindlichkeit für
Arbeiter*innen in Frauenhäusern, Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendamt.
- 43 • Ausbau von Frauenhäusern mit barrierefreien Zugängen und Angeboten für
44 Menschen mit Behinderung und spezifische Schutzräume oder Wohnprojekte
für geflüchtete, migrantische, queere oder wohnungslose Menschen.
- 45 • Bereitstellung professioneller psychosozialer, rechtlicher und
46 sicherheitsrelevanter Beratung in mehreren Sprachen und Schulung von
Fachpersonal
in interkultureller und diskriminierungssensibler Arbeit.
- 47 • Fortbildungen für Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz zu
intersektionaler Gewalt und Diskriminierung.
- 48 • Förderung und Ausbau von Vertrauensstellen oder Ombudsstellen für
Betroffene, die Diskriminierung durch Behörden erleben.

49 **Anmerkung:**

50
51 **FLINTA*** ist eine Selbstbezeichnung und steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-
binär, trans* und agender Personen.

52 **TINA*** ist eine Selbstbezeichnung und steht für trans*-, inter-, nicht-binär und
agender Personen.

Begründung

Begründung:

erfolgt mündlich.

A-9 Unsichtbarer Konflikt-Die humanitäre Krise im Sudan

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bremen
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Die humanitäre Krise im Sudan

2 Seit April 2023 herrscht im Sudan ein brutaler und weitgehend vergessener Krieg.
3 Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces, SAF)
4 unter der Führung von General Abdel Fattah al-Burhan und der paramilitärischen
5 Rapid Support Forces (RSF) unter Mohammed Hamdan Dagalo, haben das Land
in eine humanitäre Katastrophe gestürzt. Was als Machtkampf zwischen zwei
rivalisierenden Militärfraktionen begann, hat sich zu einem verheerenden,
komplexen und langanhaltenden Konflikt entwickelt, in dem Millionen
Zivilist:innen zwischen die Fronten geraten. [1]

6 Besonders betroffen sind die Städte Khartum, Nyala, Geneina und andere urbane
7 Zentren, die systematisch zerstört wurden. Ganze Stadtviertel liegen in
8 Trümmern, Krankenhäuser und humanitäre Einrichtungen wurden geplündert oder
bombardiert. Die Strom- und Wasserversorgung ist in vielen Regionen
zusammengebrochen. Außerdem gibt es kaum noch medizinische Versorgung, da die
Krankenhäuser zerstört wurden. [2]

9 Besonders erschütternd ist die Gewalt, die gezielt gegen die Zivilbevölkerung
10 verübt wird. Die RSF wird für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich
11 gemacht, darunter ethnische Säuberungen insbesondere in der Region Darfur,
12 Massenvergewaltigungen, Verschleppungen und außergerichtliche
Hinrichtungen. In West-Darfur sprechen Beobachter:innen von einem systematischen
Genozid gegen die Masalit-Bevölkerung. Auch die sudanesische Armee
begeht schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter Luftangriffe auf bewohnte
Gebiete und die Rekrutierung von Kindersoldaten. [3]

13 Rund 10 Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht – einige davon
14 innerhalb des Landes, andere in Nachbarstaaten wie dem Tschad, dem Südsudan
15 und Ägypten. Die Lage in den überfüllten Flüchtlingslagern ist katastrophal: Es
16 fehlt an Nahrung, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung und
Sicherheit. Gleichzeitig ist der Zugang für internationale humanitäre Hilfe

extrem eingeschränkt – oft werden Hilfskonvois gezielt angegriffen oder blockiert.

17 Trotz dieser dramatischen Lage bleibt die internationale Reaktion erschreckend
18 zögerlich. Der Krieg im Sudan zählt als größte humanitäre Krise
19 derzeit, findet aber kaum mediale oder politische Aufmerksamkeit. [2]
20 Internationale Vermittlungsbemühungen bleiben wirkungslos, und der politische
21 Druck auf die Kriegsparteien ist minimal. Auch Deutschland und die EU werden
ihrer Verantwortung bislang nicht gerecht. Während Waffen weiterhin in
die Region gelangen, – teils über Drittstaaten – fehlt es an gezielter
humanitärer Unterstützung, politischem Engagement und klarer Verurteilung der
Kriegsverbrechen.

22 **Stabilität schaffen**

23 Deutschland muss seine **diplomatische Verantwortung wahrnehmen** und sich mit aller
24 Kraft für ein Ende der Gewalt im Sudan einsetzen. Gemeinsam mit der
25 Afrikanischen Union, der IGAD (Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde Ostafrikas)
26 und den Vereinten Nationen soll sich die Bundesregierung aktiv für
einen **sofortigen Waffenstillstand** stark machen. Dieser muss durch unabhängige
internationale Mechanismen überwacht und begleitet werden, um erneute
Eskalationen zu verhindern.

27 Zudem braucht es klare politische Konsequenzen. Auch wenn es von Deutschland
28 schon ein Waffenembargo gegen alle am Konflikt beteiligten Akteure gibt,
29 muss Deutschland sich im UN-Sicherheitsrat für ein umfassendes **Waffenembargo**,
30 sowohl gegen die sudanesisch Armee (SAF) als auch gegen die
31 paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) einsetzen. Die Bundesregierung muss
sich für eine internationale Aufarbeitung einsetzen und dafür sorgen,
dass Verbrechen wie ethnische Säuberungen, Massenvergewaltigungen und gezielte
Angriffe auf die Zivilbevölkerung nicht straflos bleiben. Parallel dazu
soll sich Deutschland auf EU-Ebene für **gezielte Sanktionen gegen
Kriegsverantwortliche** einsetzen.

32 Ein zentrales politisches Signal ist dabei die klare **Unterstützung für eine zivil
33 geführte Übergangsregierung im Sudan**. Deutschland darf sich nicht
34 mit symbolischen Gesten begnügen, sondern soll eine solche Regierung diplomatisch
anerkennen, öffentlich unterstützen und konkret mit Ressourcen
ausstatten – etwa durch institutionellen Aufbau, Beratung, Schutzmaßnahmen und
finanzielle Hilfe.

35 **Humanitäre Hilfe ausbauen**

36 Um dem eskalierenden Leid im Sudan gerecht zu werden, fordern wir eine
37

38 entschlossene humanitäre und politische Reaktion der Bundesregierung.
39 Deutschland muss seine humanitäre Unterstützung für die sudanesishe
Zivilbevölkerung massiv ausbauen. Konkret fordern wir, die **Hilfsleistungen auf**
mindestens 500 Millionen Euro jährlich aufzustocken. Diese Mittel sollen der
akuten Nothilfe im Sudan selbst, der Versorgung von Geflüchteten in den
Nachbarländern, sowie dem Wiederaufbau lebenswichtiger Infrastruktur
zugutekommen.

40 Zudem braucht es einen **besseren Zugang für humanitäre Organisationen**, die häufig
41 unter Lebensgefahr arbeiten. Deutschland muss sich diplomatisch dafür
einsetzen, dass Hilfslieferungen ungehindert die betroffenen Gebiete erreichen
können.

42 Humanitäre Hilfe darf dabei niemals an politische Interessen oder
43 migrationspolitische Erwägungen geknüpft sein. Die Menschen im Sudan haben ein
44 Recht
auf Schutz, Unterstützung und ein Leben in Würde – unabhängig davon, ob sie in
der Region bleiben oder Zuflucht in Europa suchen. Wir fordern daher
auch sichere und legale Fluchtwege für Schutzsuchende.

45 **Schutz gewährleisten**

46 Deutschland muss denjenigen Schutz bieten, die im Sudan besonders gefährdet sind.
47 Es braucht ein **humanitäres Aufnahmeprogramm für mindestens 1 000**
48 **besonders schutzbedürftige Menschen** – darunter Aktivist:innen, Journalist:innen,
49 queere Personen sowie Überlebende sexualisierter Gewalt. Die
50 **Verfahren zur Einreise und Visavergabe müssen dabei schnell, sicher und**
unbürokratisch gestaltet werden. In einer Situation, in der jede Verzögerung
lebensgefährlich sein kann, dürfen Schutzsuchende nicht durch übermäßige
Bürokratie oder langwierige Verfahren daran gehindert werden, in Sicherheit
zu gelangen.

51 Darüber hinaus braucht es ein sofortiges und dauerhaftes **Abschiebemoratorium** für
52 sudanesishe Staatsangehörige. Niemand darf in ein Land
53 zurückgeschickt werden, in dem bewaffnete Konflikte, staatliche Gewalt, Hunger
54 und massive Unsicherheit herrschen. Auch die **Dublin-Verfahren müssen**
ausgesetzt werden, denn sie führen in vielen Fällen dazu, dass Geflüchtete in
europäische Nachbarländer abgeschoben werden, die selbst mit
überlasteten Asylsystemen zu kämpfen haben und keinen ausreichenden Schutz
gewährleisten können.

55 Wir als Grüne Jugend stehen solidarisch an der Seite der sudanesischen
Bevölkerung und Forderungen deshalb:

- 56 • Aktives Eintreten der Bundesregierung für einen Waffenstillstand
- 57 • Initiative im UN-Sicherheitsrat für ein umfassendes Waffenembargo gegen alle an dem Konflikt beteiligten Kriegsparteien
- 58 • Einsatz auf EU-Ebene für gezielte Sanktionen gegen Kriagsverantwortliche
- 59 • Unterstützung für eine zivile Übergangsregierung
- 60 • Erhöhung der humanitären Hilfe auf mindestens 500 Millionen Euro jährlich
- 61 • Diplomatischer Einsatz für sicheren und ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe in alle betroffenen Gebiete
- 62 • Auflegung eines humanitären Aufnahmeprogramms für mindestens 1.000 besonders schutzbedürftige Menschen
- 63 • Unbürokratische und schnelle Visavergabe
- 64 • Einführung eines Abschiebestopps für sudanesishe Staatsangehörige
- 65 • Aussetzung der Dublin-Verfahren für Schutzsuchende aus dem Sudan

66 Quellen:

67 1 <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54699/sudan/>

68 2 <https://youtu.be/Ha1lx7DvC0k?si=iMj0JbkNMUbK3h1>

69 3 https://www.genocidewatch.com/single-post/sudan-genocide-emergency-january-2025?utm_source=chatgpt.com

A-10 Schluss mit der Bildungskrise! Für einen Aufbruch in eine neue Bildungspolitik in den Kommunen.

Gremium: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Als Jugendverband müssen wir in den Kommunen Bildung zu einem zentralen
2 Schwerpunkt machen – denn in den letzten Wahlkämpfen fand Bildungspolitik
3 wenig Beachtung. Dabei ist sie eine essenzielle Chance: Sie wirkt sich
4 statistisch stark auf die Einkommen, Lebensverhältnisse und Zufriedenheiten der
Bürger*innen einer Kommune aus. Oft werden Schulen wie eine Lernfabrik verwaltet,
was zahlreiche Probleme mit sich bringt. Doch viele Kommunen und
Schulen haben gezeigt, dass innovative pädagogische Ideen nachhaltig positiv
wirken können.

Der Länderrat möge beschließen, dass:

- Folgende Vorschläge, um eine gerechte und zukunftsfähige Bildungspolitik zu gestalten, welche von den Landesvorständen an die Kreisverbände der GRÜNEN JUGEND in den kommenden Wahlprogrammprozessen für die Kommunalwahl vorgestellt werden
- Die Landesvorstände unterstützen auf Wunsch der Kreisverbände die Einbringung dieser Vorschläge in die jeweiligen Kommunalwahlprogramme
- In Kreisverbänden, in denen kein Kreisverband der GRÜNEN JUGEND existiert, werden die Landesvorstände dazu angehalten, die folgenden Ideen an die jeweiligen Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen

11 Bildung betrifft uns alle. Lasst sie uns wieder auf die Karte setzen!

Schulgebäude

13 Schulräume müssen ausreichend Platz bieten sowie schallreduziert und ganzjährig
14 angenehm temperiert sein. Eine gute Belüftung und trockene
15 Raumverhältnisse sind essenziell für konzentriertes Lernen. Schulen müssen

16 saniert werden. Gefahrenquellen wie bauliche Mängel oder herabfallende
17 Elemente müssen konsequent beseitigt werden. Schüler*innen verbringen bis zu
18 15.000 Stunden in der Schule – die Umgebung muss daher inspirierend
19 gestaltet sein. Licht, Farben und Ausstattung sollten eine angenehme Atmosphäre
20 schaffen und müssen barrierearm ausgestaltet werden. Außerdem benötigt
21 es neben den Unterrichtsräumen auch Begegnungsorte, die soziale Interaktion
22 ermöglichen. Schulen benötigen offene und geschlossene Lernbereiche für
unterschiedliche Bildungsformen. Werkstätten, Gärten, Experimentallabore, Bühnen
und Ateliers sollten ebenso vorhanden sein wie Räume für Gruppen- und
Einzelarbeit. Betonflächen müssen durch grüne, ansprechend gestaltete Schulhöfe
ersetzt werden. Vielfältige Spiel- und Sportmöglichkeiten sollen den
Schüler*innen zur freien Nutzung bereitstehen. Moderne Hard- und Software muss
für alle Schüler*innen zugänglich sein. Smartboards oder Flatscreens
sollten in allen Unterrichtsräumen vorhanden sein. Zudem müssen Computer mit
aktueller Lernsoftware und Office-Programmen frei nutzbar sein. Schulen
sollen sich in den Stadtteil öffnen. Nachmittagsangebote außerschulischer Träger
können in Schulräumen stattfinden.

23 Das Hauptproblem bei der Erfüllung des Ganztagsanspruchs ab 2026 sind mangelnde
24 Raum- und Platzkapazitäten sowie die fehlenden Liegenschaften. Mensen
25 und Aufenthaltsräume müssen auch in Freistunden einladende Orte für Schüler*innen
26 sein, um Lernen und soziale Interaktion zu ermöglichen. Nach
27 Möglichkeit sollen für das Ganztagsangebot gesonderte Räume zur Verfügung
28 gestellt werden, die den Anforderungen des Ganztags gerecht werden. Gerade
29 in (Groß-) Städten sind Flächen für neuen Schulbau knapp. Bestandsumbau sollte
30 gefördert werden. Zur Erhaltung der Grauen Energie, der Gesamtheit der
für den Bau benötigten Ressourcen, sollte der Lebensdauerzyklus eingerechnet
werden. Anmietung kann auch eine Option sein, wobei es oft günstiger ist,
wenn die Stadt Eigentümerin des Schulgebäudes und des Grundstücks ist.
Gleichzeitig sollen Anforderungskriterien auferlegt werden, die sich an der
Nachhaltigkeit ausrichten. In Zeiten der Klimakrise bedeutet dies beispielsweise
Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen, Passivhausstandard, Begrünung und
PV-Anlage auf dem Dach. Auch (rollstuhlgerechte) Barrierefreiheit ist kein Nice-
to-have, sondern Standard in der Schule der Zukunft.

31 **Mittagessen**

32 Zu einem gesunden und erfolgversprechenden Schul- und Kitaalltag gehört ein
33 gesundes Mittagessen. Kein Kind soll den Tag über hungernd nach Hause oder
34 in den Jugendklub gehen müssen. Kostenlose Essensangebote gehören deshalb dazu.
35 Diese müssen von der Stadt subventioniert und soweit möglich im
kommunalen Eigenbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Es muss immer ein
vegetarisches und veganes Angebot geben und generell soll das Essen
ökologisch, regional und saisonal angebaut sein.

36 **Integration außerschulischer Lernorte, die in der Kommune bereitstehen**

37 Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten und -möglichkeiten (z. B.
38 Bibliotheken, Naturlernpfaden, historische Stätten) soll verstärkt werden.
39 Schüler*innen müssen frühzeitig mit den Möglichkeiten zum gesellschaftlichen
Engagement bekannt gemacht (Feuerwehr, Jugendtreffs usw.) und Schulen
aktiv in das kommunale Geschehen integriert werden. Dazu gehört auch, dass
Schulgebäude stärker für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden.

40 **Frühkindliche Erziehung und Kindertagesstätten/Kindertagespflege**

41 Die Versorgungsquote in Krippen und Kitas gilt es zu gewährleisten und den
42 Personalschlüssel zu verbessern. Ein bedarfsgerechtes Stundenmodell kann
43 dazu beitragen, Personal zu entlasten. Die Arbeit von Erzieher*innen in
44 Randtageszeiten könnte mit einem Zuschlag attraktiver gemacht werden.
45 Multiprofessionelle Teams entlasten ebenso Erzieher*innen und ermöglichen eine
46 spezifische Unterstützung kindlicher Entwicklung. Der Ausbau von Kitas
47 zu Familienzentren bietet die einmalige Möglichkeit, vielfältige Bildungs- und
48 Beratungsangebote für die gesamte Familie an einem zentralen Ort
49 bereitzustellen. Jede Kita weist andere Bedingungen auf, deswegen sollen soziale
50 Faktoren der Kinder, Eltern und der Umgebung erfasst werden und
51 Berücksichtigung finden. Dazu kann auch gehören, dass Kitas eigenständige Profile
52 herausbilden. Tagesmütter und -väter sollen eine angemessene
53 sozialversicherungspflichtige Absicherung erhalten. Die Neugründung von
Kindertagespflegen muss unterstützt und Beratung bereitgestellt werden.
Erzieher*innen wissen viel zu oft nicht, an wen sie sich wenden können. Es
benötigt sichtbare Beratungs-, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote für
Erzieher*innen. Beim Übergang in die Grundschule darf diese nicht wieder von
vorne anfangen. Vielmehr muss die Zusammenarbeit beim Übergang im Sinne
des staatlichen Bildungsplanes 0-10 verstärkt werden. Die frühzeitige Verankerung
eines Bewusstseins für die Auswirkungen unserer Lebensweise ist
essenziell, deswegen sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bereits in
der Kita stattfinden. Bildung ist ein Gut, zu dem alle Zugang haben
müssen, das bedeutet aber nicht Kostenfreiheit per se. Im Hinblick auf die
kommunalen Haushalte empfiehlt sich eine einkommensabhängige Staffelung.
Damit können einkommensschwache Haushalte gezielt entlastet werden.

54 **Ausbildung**

55 Kommunale Bildungspolitik darf nicht einseitig auf den schulischen Bildungsweg
56 ausgerichtet sein. Jugendliche, die sich nicht für das Abitur
57 entscheiden oder das Studium abbrechen, müssen ebenso im Fokus sein. Fachkräfte
58 werden dringend benötigt. Dazu gehören kommunale Arbeitsmarkt- und
Ausbildungsprogramme sowie der Aufbau entsprechender Vermittlungsnetzwerke, die
Stärkung von Berufsschulen und der dualen Ausbildung, die Schaffung

von Azubi-Wohnheimen und fachspezifischer Campus für die berufliche Bildung.

59 **Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

60 Ein Stadtelternbeirat, eine Stadtschüler*innenvertretung und eine Kinder- und
61 Jugendvertretung müssen eingerichtet (sofern noch nicht vorhanden) und
62 unterstützt werden. Die Kinder- und Jugendvertretung soll zu kommunalen Sitzungen
eingeladen und bei Anliegen angehört werden. Schulen müssen
demokratischer werden, indem externe Expert*innen, Eltern, Schüler*innen und
Lehrkräfte gemeinsam über die Entwicklung der Schule reden.

63 **Inklusion**

64 Wir gestalten ein inklusives Bildungssystem, in dem alle Kinder gemeinsam gut
65 lernen können. Dazu erarbeiten wir kommunale Inklusionskonzepte. Um
66 Familien bestmöglich zu unterstützen, sind kommunale bzw. regionale und
67 unabhängige Beratungsangebote essenziell. In den „inkluisiven Schulbündnissen“
68 (iSB) sollen die Kommunen als Schulträger*innen die inklusive Schulentwicklung
69 vorantreiben. Gleichzeitig unterstützen wir Schulen dabei, sich zu
70 inklusiven Lernorten weiterzuentwickeln. Barrierefreiheit wird auch bei
71 Sanierungen und Neubauten berücksichtigt, sodass bauliche Barrieren abgebaut
72 und inklusive Strukturen von Anfang an eingeplant werden. Bereits in der
73 frühkindlichen Bildung spielt Inklusion eine entscheidende Rolle. Daher ist
74 eine verstärkte Kita-Sozialarbeit notwendig, um Familien frühzeitig zu begleiten
75 und zu entlasten. Ein entscheidender Baustein für eine erfolgreiche
Inklusion sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrkräfte der allgemeinen
Schulen, Förderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen und
Teilhabeassistent*innen verlässlich und dauerhaft gemeinsam an der allgemeinen
Schule arbeiten, sich abstimmen und gegenseitig unterstützen können.
Dabei ist es wichtig, Förderschullehrkräfte möglichst mit ihrem gesamten
Stundenkontingent in das Kollegium einer allgemeinen Schule zu integrieren,
sofern sie dies wünschen. Zudem bedarf es einer besseren Organisation der
Teilhabeassistent*innen, damit ihre Arbeit optimal und verlässlich auf die
Bedürfnisse der Schüler*innen abgestimmt werden kann. Langfristig fordern wir die
vollständige Abschaffung des Förderschulsystems und ermöglichen den
Weg dorthin.

76 **Jugendhilfe**

77 Die Jugendhilfe benötigt einen besseren Personalschlüssel und soll durch
78 Bürokratieabbau entlastet werden. Anstatt einzelne Genehmigungen einholen zu
müssen, wird ein Verfügungsrahmen pro Monat und Kind eingerichtet.

A-11 Der Igel muss zurück!

Antragsteller*in: Laetitia Wegmann; Leonhard Kuchinka
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Der Länderrat der Grünen Jugend möge beschließen:

2 1. Die Grüne Jugend führt Igel als offizielle Maskottchen wieder ein.

3 2. Der Bundesvorstand der Grünen Jugend wird beauftragt, die notwendigen Schritte
4 zur Wiedereinführung von Igel in die visuelle Identität des
5 Verbandes zu unternehmen. Dies kann dabei schrittweise geschehen, in dem der Igel
6 zunächst vor allem in Kampagnen und dem Design von Giveaways
integriert wird, um zusätzliche Kosten durch eine Umgestaltung des CDs umgehen zu
können. Jedoch muss der Igel spätestens bei der nächsten planmäßigen
Überarbeitung des CDs prominent integriert werden.

7 3. Ein einheitliches Igel Design muss schnell und niederschwellig innerhalb des
8 Verbands kommuniziert und zugänglich gemacht werden. Die Designs der
alten GJ Igel „Öki“ und „Aggri“ können dazu wiederverwendet werden, sind aber
durch diesen Antrag nicht verpflichtend.

Begründung

Die beiden Igel Aggri und Oeki waren über viele Jahre hinweg die prägenden Symbole und Maskottchen der Grünen Jugend. Als Sympathieträger verkörperten sie zentrale Werte unserer politischen Arbeit: Sie standen für Umwelt- und Naturschutz, für Widerstandsfähigkeit und für die Notwendigkeit, unsere heimische Tierwelt zu schützen.

Der Igel ist ein in Deutschland heimisches Tier, das durch Flächenversiegelung, Pestizideinsatz und Verkehr zunehmend bedroht ist. Als Symbol macht er auf die Dringlichkeit aufmerksam, mit der wir uns für Artenschutz und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen müssen.

Darüber hinaus hat der Igel einen hohen Wiedererkennungswert und schafft eine emotionale Verbindung zur Grünen Jugend. Er ist niedlich und sympathisch, gleichzeitig aber auch wehrhaft und selbstbewusst – Eigenschaften, die auch unseren politischen Verband auszeichnen. Gerade in unserem Verhältnis zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen wir weiterhin der (Igel-)Stachel sein, der die Partei besonders in den Bereichen

soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz an ihre Verantwortung gegenüber den Menschen erinnert.

Die Wiedereinführung von Igel würde nicht nur an eine erfolgreiche Tradition anknüpfen, sondern auch die Identifikation mit der Grünen Jugend stärken und unsere politischen Botschaften visuell unterstützen. Gerade in Zeiten, in denen der Umwelt- und Artenschutz immer dringlicher wird, wäre die Rückkehr von Igel ein starkes Signal.

Mit Igel als Maskottchen können wir zudem junge Menschen besser ansprechen und für unsere politischen Ziele begeistern. Er bietet vielfältige Möglichkeiten für kreative Kampagnen und eine ansprechende Öffentlichkeitsarbeit.

Lasst uns gemeinsam Igel zurück in die Grüne Jugend holen!

Inklusionshinweis:

Für eine Version in leichter Sprache oder als Audiodatei bitte eine kurze E-Mail mit Angabe der gewünschten Version an laetitia.wegmann@gj-erding.de

A-12 Prüfantrag: Unsere Verbandsstrukturen zukunftssicher machen

Gremium: Landesvorstände: Berlin, Hamburg,
Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Der Bundesvorstand wird beauftragt, zusammen mit den Landesvorständen, zu prüfen,
2 wie die GRÜNE JUGEND als Verband strukturell queerfeministischer,
inklusive und antidiskriminierender gestaltet werden kann. Der Bericht soll auf
dem Bundeskongress 2025 vorgestellt werden.

3 Wir als Landesvorstände strukturieren diesen Prüfungsprozess und übernehmen die
4 Verantwortung, dass eine Beteiligung unserer Mitglieder vor Ort
5 ermöglicht wird. Dabei schaffen wir Platz für die unterschiedlichen Bedürfnisse,
besonders auch der strukturschwachen Verbände. Der Bundesvorstand
übernimmt eine moderierende Rolle.

6 Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt und geprüft werden:

7 **1. Einbindung marginalisierter Gruppen:**

8 Wie können FLINTA*, BIPoC, Menschen mit Behinderung, Juden*Jüdinnen,
9 Menschen mit prekärem sozioökonomischem Hintergrund und queere Personen
systematisch in Entscheidungsstrukturen eingebunden und gestärkt werden?

10 **2. Partizipation und Barrierefreiheit:**

11 Welche strukturellen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen
12 braucht es, um die Teilhabe aller Mitglieder zu ermöglichen – etwa durch
hybride Formate, finanzielle Zugänglichkeit, barrierearme Veranstaltungen
und niedrigschwellige Beteiligungsangebote?

13 **3. Verantwortungs- und Machtverteilung:**

14 Welche institutionellen Veränderungen – wie z. B. die Einrichtung eines
15 FLINTA*-Rats oder institutionalisierte, regelmäßige
16 Austauschmöglichkeiten der Sprecher*innen bzw. Politischen

Geschäftsführungen – ermöglichen eine gerechtere Verteilung von Verantwortung und Macht im Verband und stellen sicher, dass diskriminierungssensible Perspektiven verbindlich berücksichtigt werden?

17 **4. Debattenkultur & Austausch:**

18 Wie kann eine Debattenkultur etabliert werden, die auf Empowerment, Respekt
19 und dem Abbau von Dominanzverhalten basiert? Wie sichern wir die
20 basisdemokratische Struktur unseres Verbands, während wir immer weiter
wachsen und unserem Anspruch an Professionalität gerecht werden wollen?
Wie müssen Räume zwischen den Ebenen ausgestaltet sein, die eine Debatte in
diesem Sinne ermöglichen?

21 **5. Bildung und Sensibilisierung:**

22 Welche Fortbildungsangebote sind notwendig, um Amtsträger*innen, Delegierte
23 und Mitglieder im Umgang mit Diskriminierung, Machtstrukturen und
privilegierten Verhaltensmustern zu sensibilisieren und weiterzubilden?

Begründung

Die GRÜNE JUGEND versteht sich selbst als queerfeministischer, inklusiver, antidiskriminierender und basisdemokratischer Verband. Dieser Anspruch muss jedoch strukturell abgesichert und konsequent umgesetzt werden. Diverse aktuelle Debatten im Verband haben deutlich gemacht, dass in vielen Bereichen der Verbandsarbeit diskriminierende Strukturen wirken, Teilhabe erschwert wird und marginalisierte Gruppen häufig unterrepräsentiert bleiben.

1. Strukturelle Diskriminierung erkennen und abbauen:

Ausschlüsse passieren nicht nur durch individuelles Verhalten, sondern sind häufig strukturell verankert – z. B. durch exklusive Redeformate, unausgesprochene Normen oder begrenzte Ressourcen. Diese Ausschlüsse müssen erkannt, benannt und abgebaut werden.

2. Repräsentation schafft Veränderung:

Eine glaubwürdige und wirksame politische Arbeit ist nur möglich, wenn sie die Perspektiven derjenigen einbindet, die von Diskriminierung betroffen sind. Dies erfordert sichere Räume, Repräsentation mit echter Entscheidungsmacht und institutionelle Absicherung dieser Beteiligung.

3. Ausschlüsse führen zu Frustration und Austritt:

FLINTA*-Personen und andere marginalisierte Gruppen berichten regelmäßig, dass sie sich in der GRÜNEN JUGEND nicht ernst genommen oder sicher fühlen. Dies führt nicht nur zu Frustration, sondern auch zu Rückzug und Austritt – mit dem Verlust wertvoller Perspektiven und politischer Stimmen.

4. Queerfeminismus ist nicht nur Inhalt, sondern Struktur:

Queerfeminismus muss sich nicht nur in inhaltlichen Positionen, sondern auch in innerverbandlichen Strukturen und Machtverhältnissen widerspiegeln. Dazu gehört eine Kultur des Empowerments ebenso wie verbindliche Gremien und Verfahren, die diskriminierungskritisch gestaltet sind.

5. Demokratische Legitimität braucht Inklusion:

Eine Organisation, die bestimmte Gruppen systematisch ausschließt oder ihnen keine gleichwertige Stimme gibt, verliert an demokratischer Legitimation. Eine strukturierte Inklusion aller Mitglieder stärkt die politische Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit unseres Verbands.

6. Wir bauen auf vorhandene Debatten auf:

Viele der genannten Ideen – ein FLINTA*-Rat, hybride Beteiligungsformate oder barrierearme Events – sind bereits Teil der laufenden Verbandsdebatten. Es geht nicht darum, diese Themen neu zu erfinden, sondern sie systematisch zu prüfen, zu konkretisieren und erste Umsetzungsschritte zu gehen.

Mit diesem Antrag setzen wir einen strukturellen Reformprozess in Gang, der unsere politischen Ansprüche mit unserer innerverbandlichen Praxis in Einklang bringt – für eine GRÜNE JUGEND, in der alle gehört, gesehen und wirksam sein können und für einen Verband, der sicher für die Zukunft aufgestellt ist.

A-13 Zeit für Aufarbeitung: Schon wieder Struktur- und Selbstbeschäftigung?

Antragsteller*in: Tariq Kandil (Friedrichshain- Kreuzberg),
Jacqueline Schmiedeke (Frankfurt), Mika
Lolic (Passau), Joachim Janas (Mainz)
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Ja, leider ist das notwendig, aber wir wollen konstruktiv nach vorne blicken,
2 ohne uns in persönlicher Kritik an Einzelpersonen zu verlieren. Dafür
3 ist das Thema zu wichtig. Wir wollen wieder mehr inhaltliche, sachliche und vor
4 allem wirksame linksgrüne Politik machen. Doch das geht nur, wenn wir
5 uns als Jugendverband nicht zersplittern.

4 Krise und Neuorientierung der Grünen Jugend

5 Am 25. September 2024 verkündete der gesamte Bundesvorstand der Grünen Jugend
6 überraschend seinen Rücktritt vom Amt und seinen Austritt sowohl aus der
7 Partei als auch dem Jugendverband. Begründet wurde dies mit einer zunehmenden
8 inhaltlichen Entfremdung von der Mutterpartei, insbesondere im Bereich
9 Asylpolitik, Sozialpolitik und Klimagerechtigkeit. In internen Schreiben und
10 öffentlichen Stellungnahmen kritisierten die ehemaligen
11 Vorstandsmitglieder, dass die Grünen keine glaubhafte linke Politik mehr
12 vertreten würden und Kompromisse eingingen, die ihren Grundsätzen
13 widersprächen. Die politische Ausrichtung zu bewerten, ist nicht Bestandteil
14 dieses Antrags. Der alte Bundesvorstand wurde bereits auf dem 58.
15 Bundeskongress in Leipzig politisch nicht entlastet. Der Austritt wurde
monatelang vorbereitet mit Strategiepapieren und organisatorischen
Vorkehrungen wie der Kommunikation über inoffizielle Telegramkanäle, dem Löschen
von Chats und der mutmaßlichen Weiternutzung von Parteistrukturen zum
finanziellen Vorteil, obwohl die Gründung eines neuen Jugendverbands bereits in
Planung war.

13 Ein Elitenprojekt als Krise der Basisdemokratie

14 In der Retrospektive zeigt sich: Rund um den ehemaligen Bundesvorstand hatte sich
15 eine Blase gebildet, ein enges Netzwerk aus Vertrauten, das

16 Entscheidungsprozesse dominierte und formale Beteiligung durch informelle
Strukturen ersetzt. Unmut über Intransparenz, Vermeidung von Kommunikation
und kein Raum für offene Kritik waren Ausdruck davon.

17 **Basis ist Boss – Macht durch Wahlen ist geliehene Macht**

18 Der Austritt war kein Betriebsunfall. Er war Ausdruck eines systematischen
19 Machtungleichgewichts und eines gestörten politischen Austauschs zwischen
20 der Basis und ihrer gewählten Spitze. Wenn das Vertrauen in gewählte
21 Vertreter*innen schwindet, wenn Entscheidungsprozesse nicht mehr transparent
22 erscheinen und wenn Kritik als Angriff statt als Impuls wahrgenommen wird, dann
23 ist nicht nur das Verhältnis zwischen Bundes- und Landesebene gestört,
24 dann steht unsere Vorstellung von gelebter Basisdemokratie insgesamt auf dem
25 Spiel. In den vergangenen Monaten hat die Grüne Jugend eine ihrer
26 tiefsten politischen und organisatorischen Krisen durchlebt. Der Rücktritt des
27 gesamten Bundesvorstands und zahlreicher Landesvorstände sowie die
28 Ankündigung einer alternativen Jugendorganisation hat eine tiefgreifende Debatte
29 über Strategie, Identität und Parteiverhältnis der Grünen Jugend
30 notwendig gemacht. Viele (vorstands-)erfahrene Menschen hinterlassen eine Lücke
in der Verbandsarbeit. Mitglieder, die geblieben sind, sind über das
Vorgehen des alten Bundesvorstands enttäuscht oder verunsichert, denn das Thema
ist emotional und betrifft oft persönliche Freundschaften. „Zeit für
was Neues“ ist zum Reizwort avanciert. Trotz der Härte des Konflikts hat unser
Verband schnell reagiert: Übergangsstrukturen wurden geschaffen,
politische Arbeit wurde wieder aufgenommen und viele Aktive meldeten sich zurück.
Mitglieder der Initiative #WirBleiben, vor allem aus den
Landesverbänden Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bremen,
haben Verantwortung übernommen und damit zum Fortbestehen unseres
Verbands beigetragen. Sie verdienen dafür unseren großen Dank und Respekt. Das
ist eine große Stärke der Grünen Jugend: unsere Fähigkeit zur
Selbstheilung. Doch diese Stärke darf uns nicht davon abhalten, aus der Krise
politische Schlüsse zu ziehen.

31 **Zeit für Aufarbeitung, Zeit für Strukturwandel**

32 Dabei gilt: *Krise kann auch geil sein, wenn wir daraus lernen können.* Wir wollen
33 eine politische Aufarbeitung, die Ursachen benennt, Dynamiken
34 analysiert und konkrete Handlungsvorschläge liefert. Deshalb fordern wir mit
35 diesem Antrag die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die mit
36 Beteiligung der Basis, der Landesverbände und externen Perspektiven arbeitet.
Denn die beste Antwort auf Machtkonzentration ist eine organisierte,
handlungsfähige Basisdemokratie. Klar ist: Die Macht in unserem Verband gehört
nicht denen, die sie temporär ausüben. Sie gehört denen, die den
Verband tragen. Der Aufbruch nach der Krise beginnt dort, wo wir unsere
Strukturen in Frage stellen und sie gemeinsam demokratischer machen.

37 **Forderungen**

38 **1. Unabhängige Kommission einsetzen**

- 39 • Eine nach dem FINTA*-Statut quotierte Kommission zur Aufarbeitung wird wie
40 folgt eingesetzt:
- 41 ◦ 1 Mitglied des aktuellen Bundesvorstandes (ohne Stimmrecht)
 - 42 ◦ 1 externe Moderation mit Verbandserfahrung (durch Pol. GF Rat
gewählt)
 - 43 ◦ 8 Mitglieder, gewählt durch den Bundeskongress
- 43 • Die Kommission soll i. d. R. mitgliederöffentlich tagen, darf jedoch auch
44 Personen begründet ausschließen oder Sitzungen, die
Persönlichkeitsrechte betreffen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit
abhalten, Gäst*innen haben kein Rede- oder Stimmrecht.
- 45 • Die Kommission arbeitet transparent und erhält vom Bundesvorstand sowie der
46 Bundesgeschäftsstelle Zugang zu allen nötigen Informationen, also z.
B. Protokollen von Bundes- und Länderebene, Räumlichkeiten, Chats,
Interviews mit betroffenen Personen und Angestellten.
- 47 • Basismitglieder sollen ein Auskunftsrecht bekommen, wenn sie in den
Protokollen des ehemaligen Bundesvorstands namentlich genannt werden.
- 48 • Die Kommission legt bis zum 1. Länderrat 2026 einen einstimmigen
49 Abschlussbericht vor (Minderheitenvotum möglich) mit verbandsinternem
Abschluss-Call.
- 50 • Die Ergebnisse sollen in ein neues Selbstverständnis einfließen.

51 **2. Krise aufarbeiten**

- 52 • Der neue Bundesvorstand legt einen transparenten Bericht zu Rücktritten und
53 Austritten des alten BuVo vor. Grundlage sind Interviews, Protokolle
und Gespräche mit Beteiligten unter Wahrung persönlicher Rechte.
- 54 • Aufarbeitung muss strukturell, politisch und personell erfolgen, mit dem
Ziel einer ehrlichen Analyse ohne Schuldzuschreibungen.

55 **3. Transparenz und Kommunikation**

56 • Zentrale Entscheidungsprozesse zu Strategie, Struktur und Ressourcenverwendung müssen dokumentiert und offen kommuniziert werden.

57 • Künftige Konflikte mit der Mutterpartei sowie innerhalb des Verbandes frühzeitig mit der Mitgliedschaft debattieren.

58 **4. Umgang mit Doppelmitgliedschaften und „Zeit für was Neues“ (inzwischen JuLis)**

59 • - Es braucht eine verbandsweite Klärung, ob eine Doppelmitgliedschaft bei
60 Mitgliedschaften in „Zeit für was Neues“ bzw. „Junge Linke“ mit der Grünen Jugend vereinbar ist.

61 • Wir vertrauen auf die unabhängige Rechnungsprüfung, die mutmaßliche
62 Zweckentfremdung von Finanz- und Sachmitteln zu überprüfen und ggf. das Schiedsgericht anzurufen.

63 **5. Politische Bildung und Zusammenhalt fördern**

64 • Die GJ soll ein internes Bildungsangebot zum Umgang mit innerorganisatorischen Konflikten und Strategiedifferenzen schaffen.

65 • Um bis zum kommenden Bundeskongress eine zielführende Debatte über die
66 finanzielle Entlastung führen zu können, brauchen die Mitglieder vom aktuellen Bundesvorstand Informationen über bereits gegangene Schritte und Auskunft zur juristischen Sachlage.

67 • Landesverbände sollen durch den Bundesvorstand aktiv dabei unterstützt
68 werden, basisdemokratischer zu werden und Konflikte gemeinsam konstruktiv zu lösen.

69 **6. Strukturelle Veränderungen**

70 • - Strukturelle Veränderungen, die dazu führen, dass nicht wieder eine Elitenbildung in unserem basisdemokratischen Verband stattfindet.

71 • Basis, Kreis- und Landesverbände müssen in Entscheidungen auf Bundesebene systematisch eingebunden werden.

72 **7. Demokratie und Feedbackkultur stärken**

73 • Wir bekennen uns zur Grünen Jugend als ein Ort des solidarischen Handelns,

des strategischen Denkens und des gelebten Miteinanders.

74

- Diese Krise war nicht das Ende, sondern der Beginn eines neuen, stärkeren Miteinanders, um gemeinsam an einer Verbesserung des Verbandsklimas zu arbeiten.

75

Begründung

Nur wer sich ehrlich mit Fehlern, Spannungen und strategischen Irrwegen auseinandersetzt, kann gestärkt daraus hervorgehen. Die Grüne Jugend hat die Möglichkeit, aus dieser Krise zu lernen. Nicht mit Schuldzuweisungen, sondern mit politischer Klarheit, struktureller Offenheit und einem solidarischen Blick nach vorn. Die Kommission zur Aufarbeitung soll ein Instrument für neue Stärke, mehr Demokratie und ein geschärftes Selbstverständnis als linke Kraft sein. Kritik im Sinne kritischen Denkens bedeutet auch Reflexion, Lob und Lernen.

[Weitere Begründung erfolgt mündlich oder befindet sich in Antragstext. Dieser Antrag wurde gekürzt.]

Unterstützer*innen

Damian Koenig (KV Leipzig), Lukas Wölfert (KV Coburg), Richard Gemba (KV Bayreuth), Charlotte Langen (KV Mainz), Sarah Bolz (KV Speyer), Thorben Thieme (KV Altenkirchen), Senem Bozdog (KV Offenbach), Sebastian Dambaur (KV Marburg), Jakob Krumpholz (KV Limburg), Ronja Zierold (KV Mittelsachsen), Laetitia Wendt (KV Frankfurt)

A-14 Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit - Initiative für eine ehrliche Nahostdebatte

Antragsteller*in: Constantin Heinold (KV Coburg), Antonia Beckmann (KV Nürnberg Stadt), Richard Gemba (KV Bayreuth), Maret Illig (Kv Nürnberg Stadt), Lukas Wölfert (KV Coburg), Laura Patzelt (KV Nürnberg Stadt), Marius Hofmann (KV Nürnberg Stadt), Maximilian Mayr (KV Erding)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Auch eineinhalb Jahre nach dem von der Hamas geführten brutalen und nicht zu
2 rechtfertigenden Angriff auf israelische Zivilist:innen am 7. Oktober
3 2023 und der darauf folgenden israelischen Invasion des Gazastreifens
4 verschlechtert sich die humanitäre Lage für die Zivilbevölkerung in Gaza von Tag
5 zu Tag weiter. Wir müssen feststellen, dass zunehmende Kritik an der
Kriegsführung Israels aus seinen verbündeten Staaten, darunter auch Deutschland,
nicht zu einer Verbesserung der Lage geführt hat. Im Gegenteil: Es ist zu
beobachten, wie die israelische Regierung mit den von ihr verübten
Gewalttaten immer offener umgeht.

6 Unsere aktuellen, seit Beginn des Krieges fast unveränderten Haltungen und
7 Forderungen im Zusammenhang mit diesem Konflikt sollten daher von uns
kritisch und ausführlich evaluiert und reflektiert werden, um eine
Sprechfähigkeit und politische Wirksamkeit zu ermöglichen.

8 Nach eineinhalb Jahren Krieg haben wir und unsere Mutterpartei das Vertrauen
9 großer Teile der jungen Generation und dabei besonders das Vertrauen
10 migrantisierter Menschen verloren. Ebenso zeigen sich Menschenrechts- und
internationale Organisationen, die einst unsere engsten Partner im Kampf
gegen Ungerechtigkeit waren, von unserer aktuellen Haltung enttäuscht.

11 All das muss uns zu denken geben und macht eine umfassende Überprüfung und
12 Überarbeitung unserer Positionen und eine Aufarbeitung unserer bisherigen,
unausgewogenen Haltung nötig.

13 Der Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, einen Debattenprozess zum israelisch-
14 palästinensischen Konflikt und den mit diesen zusammenhängenden
15 Themenfeldern durchzuführen. Dieser soll die Position der GRÜNEN JUGEND umfassend
16 evaluieren und wenn nötig eine grundlegende Neupositionierung
ausarbeiten, deren Grundlage nicht die Loyalität zu einzelnen Staaten, sondern
unser fester Glaube an Freiheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit
ist.

17 Die Ernsthaftigkeit und permanente Verschlechterung der humanitären Lage in Gaza
18 machen eine schnelle Durchführung dieses Prozesses nötig. Deshalb
19 sollten wir uns bis zum Bundeskongress im Oktober 2025 eine Sprechfähigkeit zu
dem Thema geben, um unsere Positionen dort zu evaluieren und
gegebenenfalls zu aktualisieren.

20 Dabei muss der Krieg in Gaza zwingend im Kontext des erweiterten Konflikts
21 betrachtet werden. Eine umfassende neue Beschlusslage und Forderungen der
22 GJ müssen neben der Betrachtung und Verurteilung des brutalen Vorgehens der Hamas
23 sowohl gegen die israelische als auch gegen die eigene Bevölkerung,
auch eine Analyse des israelischen Vorgehens in Gaza, einer Betrachtung der Lage
im Westjordanland, der israelischen Siedlungspolitik, des Zustandes
des israelischen Rechtsstaates, ökonomische Faktoren, Sicherheit für die
Bevölkerung und die Außenpolitik Israels und Palästinas mehr einbeziehen.

24 Im Zentrum des Debattenprozesses müssen die aktuelle Lage in Gaza sowie der
25 Schutz der Zivilbevölkerung und die Achtung des Völkerrechts stehen. Bei
der Betrachtung dieses Themenkomplexes soll der Debattenprozess unter anderem
folgende Konfliktpunkte behandeln:

- 26 1. Als wie vertrauenswürdig können Stellungnahmen und veröffentlichte
27 Informationen der IDF und der israelischen Regierung, sowie der Hamas, bzw.
der staatlichen Institutionen des Gazastreifens, sowie relevanter
internationaler Berichterstattung zum Kriegsgeschehen bewertet werden?
- 28 2. Inwieweit halten die Kriegsparteien ihre Pflicht zur Achtung des
Völkerrechts ein?
- 29 3. Inwieweit erfolgt eine angemessene Bestrafung von Kriegsverbrechen durch
30 die Kriegsparteien und wie umfassend geschieht eine Aufarbeitung
derselben?
- 31 4. Ist davon auszugehen, dass Festnahmen und Haftbedingungen durch die
32

- 33 Kriegsparteien den Standards des internationalen- und Völkerrechts
entsprechen oder muss angenommen werden, dass eine Missachtung dieser
Standards offizielle militärische Doktrin der jeweiligen Kriegspartei ist
oder zumindest aktiv geduldet wird?
- 34 5. Verhindert die Privatisierung und de-facto Kontrolle der Verteilung
35 humanitärer Hilfe durch Israel die ausreichende Versorgung der
Palästinenser:innen und falls ja, nimmt die israelische Seite dies bewusst
in Kauf?
- 36 6. Ist davon auszugehen, dass die Kriegsparteien Hunger als Kriegswaffe
einsetzen?
- 37 7. Ermorden die Kriegsparteien bewusst Zivilist:innen oder nehmen deren Tod
38 zur Erreichung ihrer Kriegsziele bewusst in Kauf und falls ja, stellen
diese Handlungen offizielle militärische Doktrin dar?
- 39 8. Inwieweit kann den Kriegsparteien nachgewiesen werden, menschliche
40 Schutzschilder zu nutzen und falls ja, inwieweit stellt diese Nutzung
offizielle militärische Doktrin dar oder wird diese mindestens aktiv
geduldet?
- 41 9. Inwieweit kann die Vertreibung von Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen
42 als offizielles Kriegsziel der israelischen Regierung betrachtet
werden?
- 43 10. Inwieweit können Merkmale eines Genozids und/oder des Verbrechens der
44 "Extermination" durch die israelische Regierung an den Palästinenser:innen
in Gaza nachgewiesen werden?
- 45 11. Inwieweit ist davon auszugehen, dass Deutschland sich durch die anhaltende
46 Unterstützung Israels an potentiellen, von der israelischen Regierung
begangenen Kriegsverbrechen mitschuldig macht?
- 47 12. Welche Verantwortung tragen wir und welche Rolle sollten wir daher
einnehmen?

48 13. Auf welche Weise können wir als GRÜNE JUGEND zu humanitären Verbesserungen
für die unter diesem Konflikt leidenden Menschen beitragen?

49 14. In welchem Rahmen unterstützen wir die Forderung unseres europäischen
50 Dachverbandes FYEG zum sofortigen Abzug aller israelischen Truppen zurück
auf völkerrechtlich anerkanntes israelisches Staatsgebiet?

51 Die Besetzung des Westjordanlandes und die daraus resultierende Situation für die
52 dort lebenden Menschen sind untrennbar mit der Lage in Gaza
53 verbunden. Die Menschen in Gaza und dem Westjordanland verbinden nicht nur eine
54 gemeinsame Identität, sondern auch der Wunsch nach Freiheit und
55 Selbstbestimmung in einem eigenen Staat. Diese Anstrengungen wurden vom Handeln
56 der aktuellen und vergangenen israelischen Regierungen behindert. Nur
bei einer Beendigung der völkerrechtswidrigen Besetzungen und der systemischen
Gewalt beider Seiten ist Frieden im Nahen Osten denkbar. Um unsere
Positionen zu ihren Folgen, Ausprägungen, Rechtfertigungen und den von uns
geforderten Maßnahmen, um diese zu überwinden, zu aktualisieren soll der
Debattenprozess unter anderem folgende Konfliktpunkte behandeln:

57 15. Kann die Besetzung des Westjordanlandes durch legitime
Sicherheitsinteressen Israels gerechtfertigt werden?

58 16. Inwieweit und auf welche Weise haben diese und vergangene israelische
Regierungen die Besetzung und den Siedlungsbau bewusst gefördert?

59 17. Inwieweit kann die aktuelle Befestigung der Grenze zwischen dem
60 Westjordanland und Israel durch legitime Sicherheitsinteressen Israels
gerechtfertigt werden

61 18. Inwieweit nutzt die israelische Regierung diese Grenzbefestigungen als
Druck- und Sanktionsmittel gegenüber Palästinenser:innen?

62 19. Ist davon auszugehen, dass Haftbedingungen und Festnahmen durch die Kräfte
63 der PLO und der israelischen Sicherheitsbehörden den Standards des
64 internationalen- und Völkerrechts entsprechen bzw. inwieweit ist davon
auszugehen, dass eine Missachtung dieser Standards offizielle Doktrin der
Akteure ist oder strukturell geduldet wird?

- 65 20. Handelt es sich bei sogenannten "Lockdowns" der palästinensischen
66 Bevölkerung in der Westbank um eine ungerechtfertigte, rassistische und
illegale Kollektivbestrafung?
- 67 21. Ist davon auszugehen, dass Palästinenser:innen und Israelis in
Besatzungsgebieten die gleichen Rechte zugestanden werden?
- 68 22. Inwieweit findet ein duales Justizsystem, das zu Diskriminierung und
69 Ungleichheit zwischen Palästinenser*innen und Israelis führt Anwendung und
falls ja, inwieweit ließe sich diese Ungleichbehandlung durch legitime
Sicherheitsinteressen Israels rechtfertigen?
- 70 23. Inwieweit teilt der Verband die Einschätzung des Büros des Hochkommissars
71 für Menschenrechte der UN (OHCHR), welches in den durch Israel
besetzten Gebieten Merkmale des Rechtsbegriffs eines Apartheidsystems
verwirklicht sieht?
- 72 24. Inwiefern würde eine israelische gesetzliche und juristische Legitimierung
73 des nach internationalem Recht illegalen Besatzungsregimes und des
Siedlungsbaus im von Israel kontrollierten Gebiet, die Rechtsstaatlichkeit
Israels in Frage stellen
- 74 25. Spricht sich der Verband für eine sofortige Auflösung aller nach
75 internationalem Recht illegalen israelischen Siedlungen und für die
Rückgabe
des Landes an die vertriebenen Palästinenser:innen, aus?
- 76 26. Schließt sich die GRÜNE JUGEND der Forderung ihres Dachverbandes FYEG zur
77 Anerkennung eines palästinensischen Staates der Gaza, das
Westjordanland und (Ost-)Jerusalem als seine Hauptstadt umfasst, an? Welche
Bedingungen müssten hierfür erfüllt sein?

78 Die größte ethnische Minderheit im Staat Israel ist die palästinensisch-
79 arabische. Auch die Situation dieser Gruppe und der (historische) Umgang
80 israelischer Regierungen mit den palästinensischstämmigen Bürger:innen Israels
bedürfen im Kontext einer umfangreichen Analyse einer Debatte. Bei der
Betrachtung dieses Themenkomplexes soll der Debattenprozess unter anderem

folgende Konfliktpunkte behandeln:

- 81 27. Gibt es im Staat Israel selbst eine gesetzliche Bevorteilung oder
82 Privilegierung jüdischer Staatsbürger:innen bzw. eine gesetzliche
Benachteiligung arabischer/palästinensischer Staatsbürger:innen?
- 83 28. Inwiefern leiden arabisch-/palästinensischstämmige Staatsbürger:innen in
Israel unter strukturellem und gesellschaftlichem Rassismus?
- 84 29. Herrscht in Israel ein Assimilierungsdruck auf Palästinenser:innen, sich im
85 besonderen Maße zum Staat Israel zu bekennen und in die israelische
Kultur einzufügen, falls ja ist dieser Druck ein gesellschaftlicher oder
institutionalisierter?
- 86 30. Handelt es sich beim Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser:innen
hauptsächlich um einen nationalen oder ethnischen Konflikt?
- 87 31. Unterstützt der Verband das allgemeine sogenannte freiwillige "Recht auf
88 Rückkehr" aller seit Staatsgründung Israels vertriebenen
Palästinenser:innen und ihrer Nachkommen?

89 Die Art, wie Debatten über den israelisch-palästinensischen Konflikt geführt
90 werden, ist in Deutschland hoch umstritten. Das macht es notwendig, die
91 deutsche Debatte selbst kritisch zu hinterfragen. Dafür braucht es einen freien
92 Debattenraum, klar begrenzt durch die roten Linien antisemitischer und
muslimfeindlich-rassistischer Äußerungen und Stereotype. Wo diese Linien
verlaufen, muss im Verband debattiert werden. Es sollten unter anderem
folgenden Konfliktpunkte behandelt werden:

- 93 32. Wäre es per se als rassistisch zu bewerten von Palästinenser:innen und
94 Muslim:innen (oder als solche gelesene Personen) zu verlangen, sich
95 aufgrund ihrer vermuteten (oder realen) Zugehörigkeit zu diesen Gruppen von
der Hamas oder von kriegerischen Handlungen der palästinensischen
Seite zu distanzieren?
- 96 33. Macht von sogenanntem "importierten Antisemitismus" zu sprechen, für das
97 reale Problem mit einem erstarkenden Antisemitismus in Deutschland eine
diskriminierte Randgruppe verantwortlich und ist diese Formulierung damit

als rassistisch zu bewerten?

- 98 34. Sieht der Verband sogenannte "pro-Palästinensische Demonstrationen" von
99 besonderen Einschränkungen, disproportionalen Auflagen, besonders
herausfordernden Genehmigungsverfahren und übermäßigen Eingriffen durch die
Polizei, betroffen und sieht er das als gerechtfertigt?
- 100 35. Stimmt der Verband der Auffassung zu, dass unterschiedliche Akteure
101 Antisemitismusvorwürfe aktuell teilweise instrumentalisieren und so dem
Kampf gegen Antisemitismus schaden können, wie das beispielsweise der baden-
württembergischen Antisemitismusbeauftragte Blume geäußert hat?

102 Als GRÜNE JUGEND ist es unser Anspruch solidarisch mit allen Betroffenen von
103 Rassismus, Antisemitismus, Gewalt, Terrorismus und Krieg zu stehen. Wir
104 erkennen hierbei den Nahostkonflikt und die Lage in der Region Palästina als
105 vielschichtigen, komplizierten und über Generationen gewachsenen Konflikt
106 an. Über Jahrzehnte der Abschottung, Gewalt und des Terrors wurden Fehler
107 begangen, die kaum mehr gut zu machen erscheinen. Die Terrororganisation
108 Hamas verfolgt gemäß ihres Manifestes klar das Ziel einen Genozid an der
109 israelischen Bevölkerung und Jüd:innen auf der ganzen Welt zu begehen. Mit
110 einer solchen Organisation kann es keinen Frieden in Sicherheit für alle
Beteiligten geben. Die Hamas repräsentiert nicht die Palästinenser*innen.
Gleichzeitig erkennen wir an, dass die israelische Regierung und das israelische
Militär nicht frei von Schuld sind und ihrerseits zahlreiche Akte der
Gewalt und Unterdrückung gegen Palästinenser:innen verübt haben. Wir können
diesen Konflikt sicherlich nicht lösen, sehen uns aber in der
Verantwortung uns zu äußern. Deshalb brauchen wir eine neue Debatte, um unsere
Positionierungen entsprechend aktueller Entwicklungen anzupassen und
unsere Kraft im Sinne der Zivilbevölkerungen zu nutzen. Vor allem wollen wir uns
aber den folgenden Fragen stellen:

- 111 36. Wie kann unser Verband ein offener und sicherer Ort für jüdische Personen
sein?
- 112 37. Was können wir tun um ein solcher Ort zu sein und gleichzeitig eine
113 ehrliche Debatte über Antisemitismus und unsere Haltung zum Nahostkonflikt
zu ermöglichen?
- 114 38. Welche Maßnahmen müssen in welchem Umfang gefordert werden, um auf die
115 beteiligten Parteien Druck auszuüben und welche Institutionen oder

Gruppen können legitime Ziele dieser Maßnahmen sein?

Begründung

siehe oben.

A-15 Inklusion und GJ - It's a Match?!

Antragsteller*in: Laetitia Wegmann; Leonhard Kuchinka
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Wir als Grüne Jugend sind ein sozialer, offener und solidarischer Verband. Doch
2 in all unserem sozialen Engagement haben wir noch immer große blinde
3 Flecken. Einer davon ist die Inklusion und das Empowerment von Menschen mit
4 Behinderungen, chronischen Erkrankungen und Personen aus dem
Neurodivergenz Spektrum. Der renommierte Inklusions- und Behindertenaktivist Raul
Krauthausen sagte: „Wer Inklusion will, findet einen Weg. Wer sie
nicht will, findet Ausreden.“ Wir müssen endlich Wege finden.

5 Unsere Anträge, Öffentlichkeitsarbeit und unsere Werbematerialien sind oft sehr
6 akademisch, komplex und alles andere als inklusiv und zugänglich.
7 Unser Kongressorte sind mit Stufen und Treppen durchzogen und oft ohne
barrierefreie Schlafplätze. Und noch immer haben wir keine Inklusionsstrategie
oder inklusive Bildungsangebote. Das muss sich ändern. Jetzt!

8 Um das zu erreichen, müssen wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- 9 1. Ein Inklusionsteam auf Bundesebene, nach Vorbild des bayerischen
10 Landesverbandes, wird eingerichtet. Dieses erarbeitet zusammen mit dem
Bundesvorstand und den Landesvorständen eine Verbandsinklusionsstrategie
und erarbeitet eine Grundlage für zukünftiges inklusives Handeln.
- 11 2. Unsere Flyer und Informationsmaterialien werden zukünftig auch in leichte
Sprache übersetzt und sind so zugänglicher.
- 12 3. Wir beschäftigen uns bei unserer Bildungsarbeit inhaltlich und methodisch
13 mit dem Thema Inklusion, um zum einen unser Bildungsangebot für alle
14 zugänglicher zu machen, zum anderen schaffen wir dadurch im ganzen Verband
mehr Wissen und Verständnis für Menschen mit Behinderungen,
chronischen Erkrankungen oder aus dem Neurodivergenz Spektrum.

- 15 4. Wir etablieren auf Bundeskongressen, LMVen und dem FrühKo
16 Vernetzungstreffen für Menschen mit Behinderung, chronischen Erkrankungen
und aus dem
Neurodivergenz Spektrum.
- 17 5. Wir sorgen dafür, dass Anträge und Bewerbungen zunächst auf Bundes- und
18 anschließend auch auf den Landesebenen sowohl als Audiodatei als auch in
leichter Sprache zugänglich sind.
- 19 6. Wir ändern die Finanzordnung dahingehend, sodass wir Teilhabehilfen für
Mitglieder mit entsprechenden Bedarfen finanziell unterstützen können.

20 Um unsere politische Verantwortung beim Thema Inklusion nachzukommen, müssen wir
uns auch inhaltlich klar werden und dafür eintreten, dass:

- 21 1. Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankungen und aus dem
22 Neurodivergenz Spektrum gemäß des BTHG und der UN-
Behindertenrechtskonvention ein
Anrecht auf gleichwertige Teilhabe und Teilsein in unsere Gesellschaft
haben und müssen in diesem Recht gefördert werden.
- 23 2. Die Ausbeutung und Segregation von Menschen mit Behinderungen in
Förderschulen und Werkstätten muss im Sinne der Betroffenen überwunden
werden.
- 24 3. Die wiederkehrenden Forderungen von Listen über psychisch Erkrankte, die
25 Persönlichkeitsrechte der Betroffenen beschneiden, Geschichtsvergessen
26 sind und die Stigmatisierung von Psychischen Krankheiten zusätzlich
vorantreiben und daher mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln
verhindert werden müssen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Inklusionshinweis:

Für Version in leichter Sprache oder Audiodatei kurze E-Mail an laetitia.wegmann@gj-erding.de.

A-16 Arbeiter*innen we get the job done

Antragsteller*in: Leonhard Kuchinka, Laetitia Wegmann,
Moritz Qnisch
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist hoch, nimmt aber gleichzeitig immer
2 mehr zu. Für viele ist es zunehmend anstrengend sich dagegen zu
3 stemmen. Das ist für uns keine Neuigkeit und genau das, was wir adressieren
4 wollen. Um gesellschaftlich aber noch mehr Druck aufbauen zu können und
als Verband weiter zu wachsen, muss die Grüne Jugend ihr Engagement für Azubis
und Arbeiter*innen verbessern. Azubis sind insgesamt in der Grüne
Jugend insbesondere in höheren Positionen systematisch unterrepräsentiert.

5 Bessere Repräsentation durch bessere Vernetzung: Zusätzlich zu den etablierten
6 Vernetzungstreffen schaffen wir auf dem nächsten Bundeskongress eine
7 Vernetzung für Azubis, um eine Grundlage für eigene Positionen zu schaffen und
unser Profil einer breit aufgestellten Organisation für junge Menschen
in allen Lebenslagen zu schärfen.

8 Workshops sollen so geplant und erstellt werden, dass sich nicht nur die Studis
9 und Akademiker*innen im Verband wiederfinden, sondern müssen endlich
10 auch auf die Themen und Probleme eingehen, mit denen sich Azubis und
Arbeiter*innen tagtäglich konfrontiert sehen. Zudem muss auch die angewandte
Methodik widerspiegeln, dass die GJ eben nicht ausschließlich aus
Akademiker*innen besteht.

11 Meister- und Technikertitel und Bachelorabschlüsse sind gleichwertig! Das müssen
12 wir als Grüne Jugend in unserem Handeln endlich klar anerkennen und
13 uns darüber hinaus für mehr Anerkennung von Arbeiter*innen und Azubis einsetzen.
14 Wir brauchen nicht nur Master sondern auch Meister. Die große und für
15 unsere Politik essenziell wichtige Gruppe der Nichtakademiker*innen ist nicht
ohne Grund in der GJ schwach vertreten und muss zukünftig verstärkt
mitgedacht werden, vor allem da sie aufgrund ihrer Lebenssituation in höheren
Ämtern vergleichsweise selten zu finden sind. Inzuges dessen sollte
überprüft werden, inwiefern solche Strukturen Schüler*innen, Azubis und
Arbeiter*innen zugänglicher gemacht werden können.

16 Des weiteren soll bei der Festlegung von Daten auf eine möglichst frühzeitige
17 Ankündigung der Termine die das fristgemäße Beantragen von Urlaub
18 ermöglicht geachtet werden, sowie bei der Startzeit von Veranstaltungen und dem
Abhalten wichtiger Abstimmungen auf die zeitlichen Einschränkungen von
arbeitenden Personen mehr Rücksicht genommen werden.

19 Um die vorhandenen Probleme sichtbar zu machen sollten Daten zur Teilnahme an
20 Veranstaltungen wie dem Bundeskongress, beispielsweise die Erhebung der
Statusgruppen der Teilnehmenden bei der Anmeldung erhoben werden.

21 Unsere langfristigen Ziele sollten damit sein:

- 22 • Für Azubithemen nicht mehr auf externe Bündnisse angewiesen zu sein und
23 selbstbewusst unsere eigenen Positionen entwickeln und vertreten zu
können.
- 24 • Besser darin zu werden Azubis ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln.
- 25 • Das unser öffentliches Auftreten und unsere Strukturen einem breit
aufgestellten linken Verband gerecht werden.
- 26 • Den gesellschaftlichen aber auch innerverbandlichen Klassismus gegenüber
Arbeiterkindern und -familien zu bekämpfen.
- 27 • Dafür einzustehen, dass eine Ausbildung nicht weniger Ansehen genießt als
ein Studium

F-1 Vorschlag zur Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.05.2025
Tagesordnungspunkt: 1. Tagesordnung und Formalia

Antragstext

1 Der Bundesvorstand schlägt die folgende Tagesordnung vor:

2 TOP 1 Begrüßung, Eröffnung und Formalia

3 TOP 2 Aktuelle politische Lage

4 TOP 3 Anträge

5 TOP 4 Rechenschaftsbericht und Mandatierung der Fachforen

6 TOP 5 Halbjahresbericht Bundesvorstand

7 TOP 6 Verschiedenes

8 Beginn: 11:00 Uhr (Beginn Rahmenprogramm: 10:00 Uhr)

9 Ende: 19:00 Uhr (Ende Rahmenprogramm: 20:00 Uhr)

L-1 Unser Leben vor eure Profite! - Damit gute Arbeit für Alle endlich möglich wird

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Wenn die CDU in Zeiten von Burnout, Pflegenotstand und wachsender Armut die
2 Ansicht vertritt, Deutschland arbeite zu wenig und den acht Stunden Tag
3 abschaffen will, offenbart das nicht nur ein fundamentales Unverständnis der
Lebensrealität von Millionen Menschen, sondern auch eine tiefe
Geringschätzung gegenüber der Arbeit der vielen Menschen, die unsere Gesellschaft
am Laufen halten.

4 Es stimmt schon, in Deutschland arbeiten wir im Durchschnitt weniger als in
5 anderen OECD-Ländern. Das Arbeiten in Teilzeit-Beschäftigungen ist
6 allerdings häufig kein Luxus, sondern ein Diktat der Notwendigkeit, Kinder
7 erziehen oder Angehörigen pflegen zu müssen: Eine Aufgaben, welche der
8 Staat und die öffentlichen Einrichtungen immer noch unzureichend wahrnehmen. In
9 den letzten 70 Jahren ist die Produktivität unserer Arbeitskraft
10 kontinuierlich gestiegen und stagnierte erst in den vergangenen Jahren. Trotz
dessen ist die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten immer
weiter gewachsen und die Armutsrisikoquote, ausgenommen einiger Schwankungen,
deutlich gestiegen. Das zeigt sich auch darin, dass 10% der reichsten
Familien in Deutschland, zwei Drittel des gesamten Nettovermögen besitzen. Kurz
gesagt: Obwohl aus unserer Arbeitskraft immer mehr herausgeholt wird,
geht es uns nicht wirklich besser und einige wenige besitzen mehr als die breite
Gesellschaft.

11 Während sich die gesellschaftlichen Herausforderungen also zuspitzen – von
12 sozialer Ungleichheit über Inflation bis zu prekären
13 Beschäftigungsverhältnissen – kündigt auch der neue Koalitionsvertrag einen
14 gefährlichen Paradigmenwechsel an: Weg vom Schutz der arbeitenden
15 Menschen, hin zur Deregulierung des Arbeitsmarkts. Wichtige Errungenschaften der
Arbeiter*innenschaft - erkämpft von Gewerkschaften - werden in Frage
gestellt. Eine Vision für einen Sozialstaat, der gleiche Chancen für alle schafft
und Besitz gerecht verteilt, ist nicht nur weit entfernt, die
Bundesregierung arbeitet aktiv dagegen.

16 Unter dem Deckmantel von "Flexibilisierung" und "Wettbewerbsfähigkeit der
17 deutschen Wirtschaft" wird ein Rückbau sozialer Errungenschaften
18 vorbereitet. Dies ist Teil einer breiten politischen Strategie, die den
Sozialstaat Schritt für Schritt zerschneiden will: durch Leistungskürzungen,
schärfere Zugangsregeln und den Ausbau prekärer Beschäftigung - zugunsten weniger
Reicher und zum Nachteil der breiten Gesellschaft.

19 Was hier verhandelt wird, ist also mehr als nur eine Debatte über
20 Arbeitszeitregelungen. Es geht um nicht weniger als um die Zukunft des
21 Sozialstaats.

Der Sozialstaat ist keine nostalgische Idee aus vergangenen Jahrzehnten, sondern
eine Grundbedingung für eine gerechte und demokratische Gesellschaft.
Er schützt arbeitende Menschen: vor Armut, vor Ausbeutung, vor dem sozialen
Absturz.

22 Die Politik von Merz und Co. ist deshalb nichts Geringeres als Klassenkampf zu
23 Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Als GRÜNE JUGEND stellen wir uns
dem entgegen!

24 Wir arbeiten nicht, damit einige wenige sich die Taschen voll machen können,
25 sondern kämpfen für das gute Leben für alle! Für uns steht deshalb fest,
26 dass wir nicht mehr Arbeitsstunden brauchen, sondern ein echtes soziales
Sicherungssystem, das von oben nach unten umverteilt und allen, unabhängig
von Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Chancen ermöglicht.

27 Was wir politisch fordern:

28 1. Einen guten Mindestlohn für alle!

29 Gerade junge Menschen sind überdurchschnittlich häufig von unsicheren
30 Arbeitsverhältnissen betroffen – sei es durch befristete Verträge, unbezahlte
31 Praktika oder Jobs unterhalb des Mindestlohns. Solche Bedingungen schrecken ab
32 und lassen kaum Perspektiven für ein selbstbestimmtes Arbeitsleben. Der
33 Mindestlohn muss deshalb ohne Ausnahmen für alle gelten – auch für Minderjährige
– und in einer Höhe liegen, die ein Leben in Würde ermöglicht. Ziel
des Mindestlohns muss sein, dass niemand im Alter auf Sozialleistungen angewiesen
ist. Wir fordern daher die konsequente Umsetzung der EU-
Mindestlohnrichtlinie durch die Mindestlohnkommission.

34 Viele Studierende arbeiten unter unsicheren und schlecht geregelten Bedingungen:
35 kurze Verträge, niedrige Löhne und kaum Absicherung. Wir fordern
36 deshalb faire Vertragslaufzeiten von 24 Monaten bei mindestens 40 Stunden pro
Monat, existenzsichernde Löhne ab 16,50 € (Zahlen nach TVStud),
Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und echte Mitbestimmung.

37 Außerdem soll in Unternehmen der Lohnabstand begrenzt sein, sodass die
38 Stundenlöhne höchstens um das Zehnfache auseinanderliegen. Kein Mensch leistet
39 so viel mehr, dass ein größerer Unterschied gerechtfertigt wäre. Wenn
Führungskräfte dennoch mehr verdienen möchten, sollten sie dafür sorgen, dass
auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dieser Entwicklung teilhaben.

40 Staatliche Akteure sind hier ein besonderes Vorbild. Bei Ausschreibungen fordern
41 wir die Bundesregierung auf, ausschließlich Unternehmen mit
Tarifvertrag zu berücksichtigen und auf Landesebene setzen wir uns für einen
Landesmindestlohn ein.

42 2. Diskriminierungsfreie Arbeit und einen antirassistischer Sozialstaat

43 Migration ist eine Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Gesellschaft- ohne sie
44 lässt sich der Fachkräftemangel nicht lösen und die soziale
45 Infrastruktur nicht erhalten. Doch Migrant*innen dürfen nicht länger als billige
46 Arbeitskräfte in prekäre Jobs gedrängt werden, sondern brauchen
gleiche Rechte und echte Teilhabe. Soziale Sicherheit, politische Mitbestimmung
und starke Arbeitsrechte müssen für alle gelten – unabhängig vom
Aufenthaltsstatus.

47 Integration heißt: Arbeitserlaubnisse ab Tag eins, Zugang zu Bildung,
48 Tarifverträgen und sicheren Aufhalten. Während sich im Wahlkampf darüber
49 gestritten wurde, wer am meisten abschiebt, zeigen Zahlen der Bundesagentur der
50 Arbeit, dass wir genau das Gegenteil brauchen. Demnach müssten wir
51 400.000 Menschen im Jahr aufnehmen, die hier leben und arbeiten wollen. Die
52 Zahlen machen deutlich, dass diese Form der Spaltung nicht das Leben der
53 Menschen besser macht, sondern die Gesellschaft aktiv schwächt. Arbeitskampf muss
aber auch immer feminisich sein: Es braucht endlich das Recht auf
flexible Arbeitszeitmodelle, die sich nach den Bedürfnissen und Interessen der
Arbeiter*innen richten. Es muss hierbei klar sein, dass diese nicht von
Müttern in Anspruch genommen werden sollten, sondern auch eine Kultur geschaffen
wird, in welcher Väter, männliche Angehörige und weitere
Bezugspersonen diese flexiblen Arbeitszeitmodelle nutzen, um Care-Arbeit
nachgehen zu können. Zudem fordern wir ein Recht auf Homeoffice.

54 Für uns ist aber auch klar: Der Gender Pay Gap muss endlich konsequent bekämpft
55 und Frauen und Männer endlich gleich bezahlt werden! Dies kann unter
56 anderem durch eine Erhöhung des Mindestlohns und durch eine Stärkung der
57 Tarifbindung erreicht werden. Zudem müssen Berufe, in denen vor allem Frauen
58 arbeiten, deutlich aufgewertet werden und dementsprechend höhere Löhne gezahlt
und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Ein weiterer Schritt,
die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern endlich zu ermöglichen, ist eine
Novellierung des Entgelttransparenzgesetzes, um endlich umfassende
Lohntransparenz zu ermöglichen.

59 Als GRÜNE JUGEND kämpfen wir zudem gegen Ableismus und für mehr Barrierearmut in
60 der Arbeitswelt. Deshalb fordern wir, dass der Mindestlohn endlich
61 auch Menschen bezahlt wird, die in sogenannten "Werkstätten für behinderte
Menschen" arbeiten. Ebenfalls fordern wir, dass das Streikrecht sowie das
Recht Gewerkschaften zu bilden, auch auf Beschäftigte in den genannten
Werkstätten ausgeweitet wird.

62 Wir fordern zudem eine Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
63 (Antidiskriminierungsgesetz) und die Möglichkeit von Sanktionen bei
64 rassistischen, antisemitischen, sexistischen oder ableistischen Praktiken sowie
65 verpflichtende Antidiskriminierungs-Schulungen. Die rechte Hetze, die
gezielte Spaltung und Ausgrenzung fördert, gilt es entschlossen zu bekämpfen -
nur durch gemeinsamen Widerstand kann soziale Gerechtigkeit erkämpft
und der Sozialstaat für alle gerecht gestaltet werden.

66 3. Gute Ausbildung für alle!

67 Junge Menschen brauchen echte Perspektiven – und zwar unabhängig ob in
68 Deutschland geboren oder nicht. Alle sollten die Chance auf eine hochwertige
69 Berufsausbildung haben. Der zunehmende Fachkräftemangel ist kein Zufall, sondern
70 das Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Versäumnisse: Viele
71 Unternehmen und Behörden haben jahrelang zu wenig ausgebildet und gleichzeitig
die Anforderungen an Bewerber*innen unnötig hochgeschraubt. Zudem fehlt
oft die Bereitschaft, Fachkräfte fair zu bezahlen und langfristig zu binden. Dazu
gehört eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf 80 Prozent
der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung.

72 Die Modularisierung von Ausbildungen, wie sie aktuell diskutiert wird, lehnen wir
73 entschieden ab – sie droht, die Qualität und den Anspruch
beruflicher Bildung zu verwässern und langfristig einen Zwei-Klassen-
Ausbildungsweg zu etablieren.

74 Besonders alarmierend: Weniger als jedes fünfte Unternehmen bildet heute noch
75 aus. Deshalb fordern wir eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, bei
76 der alle Unternehmen in einen gemeinsamen Fonds einzahlen. So wird die Ausbildung
solidarisch getragen und die betriebliche Ausbildung gestärkt.
Deshalb fordern wir eine bessere Umsetzung der aktuellen Ausbildungsgarantie, die
durch einen solidarisch finanzierten Zukunftsfonds abgesichert ist.

77 4. Eine Reform der Arbeitslosengelder

78 Die Arbeitslosenversicherung ist ein zentraler Pfeiler sozialer Absicherung in
79 Deutschland. Doch mit der neoliberalen Agenda 2010 wurde sie
80 systematisch geschwächt. Unter dem Druck marktradikaler Narrative wurde der
81 Zugang zum Arbeitslosengeld I (ALG I) verschärft und damit viele Menschen
bewusst in die soziale Unsicherheit gedrängt. Es ist Zeit, diesen Kurs zu

korrigieren! Es braucht eine grundlegende Reform des ALG I, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht an angeblichen Interessen des Arbeitsmarktes.

82 Die Reformen der Agenda 2010 haben das ALG I zu einem Instrument der
83 Disziplinierung umgebaut. Statt solidarischer Absicherung steht heute das Prinzip
der Verwertbarkeit im Vordergrund. Wir fordern die Rückabwicklung dieser Logik
zugunsten eines modernen, sozialen Sicherungssystems.

84 Die Hürde, mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet zu haben,
85 um ALG I zu erhalten, schließt viele prekär Beschäftigte
86 systematisch aus. Wir fordern die Verkürzung dieser Anwartschaftszeit auf 6
87 Monate, um auch Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien ein Recht
88 auf Absicherung zu garantieren. Gerade ältere Menschen haben es schwer, nach dem
89 Verlust eines Arbeitsplatzes wieder in Beschäftigung zu kommen. Statt
90 ihnen am Ende der Erwerbsbiografie durch den Wegfall ihres Lohns und des
lohnersetzenden ALG I den Boden unter den Füßen wegzuziehen, müssen wir sie
längerfristig absichern. Es braucht deshalb eine Mindestbezugsdauer von 24
Monaten für alle und eine Bezugsdauer von bis zu 32 Monate für Menschen
über 55. Wer selber kündigt, darf nicht länger mit einer Sperrzeit bestraft
werden. Wir fordern: Einen Anspruch auf ALG I auch bei einvernehmlicher
oder einseitiger Kündigung – ohne Sanktionen!

91 Aber nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern auch das Bürgergeld muss
92 dringend auf links gedreht werden. Das Bürgergeld sollte ein
93 sozialpolitischer Aufbruch sein – weg von den Repressionsinstrumenten des „Hartz-
IV“-Systems, hin zu mehr Solidarität und echter Teilhabe. Doch viele
Elemente alter Denkweisen haben überlebt und die Koalition aus Union und SPD
plant sogar wieder die Abschaffung des Bürgergeldes.

94 Wir als GRÜNE JUGEND sagen: Eine solidarische Grundsicherung darf nicht durch
Zwang, Sanktionen und Angst geprägt sein.

95 So ist die aktuell diskutierte Möglichkeit eines vollständigen Leistungsentzugs
96 bei sogenannten „Totalverweigerern“ verfassungsrechtlich mehr als
97 fragwürdig und sozialpolitisch unverantwortlich. Wir lehnen jede Form der
98 kompletten Streichung von Leistungen ab! Mehr noch: Wir fordern deshalb die
99 vollständige Abschaffung der Sanktionen im Bürgergeld. Sanktionen erzeugen
Misstrauen und setzen auf Kontrolle statt auf Kooperation. Sie bekämpfen
Armut mit noch mehr Armut – und setzen die falschen Prioritäten in der
Grundsicherung. Das Existenzminimum darf niemals zum Druckmittel werden, um
Menschen in prekäre Arbeit zu zwingen. Unterstützung muss bedingungslos ankommen
– ohne Angst vor Entzug.

100 Die neue Bundesregierung plant die Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs,

101 also der Pflicht, zumutbare Arbeit vor zum Beispiel Weiterbildung oder
102 Umschulung anzunehmen. Das ist ein Rückfall in alte Muster. Statt Menschen dabei
103 zu unterstützen, Perspektiven zu entwickeln, wird wieder kurzfristige
104 Verwertbarkeit über alles gestellt. Die bisherigen Regelbedarfe sind zu niedrig
und werden auf Basis eines Methodensystems berechnet, das nicht
ausreichend in der Lage ist, Regelbedarfe zu bemessen, die dem soziokulturellen
Existenzminimum entsprechen. Statt minimaler Anpassungen fordern wir
eine grundlegende Reform der Regelbedarfsbemessung. Ziel muss ein Betrag sein,
der wirklich gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

105 5. Den Schutz des 8-Stunden Tages und eine 4 Tage Woche für alle!

106 Unsere Zeit ist kostbar. Doch während Millionen Menschen unter Stress,
107 Überarbeitung und psychischer Belastung leiden, wollen Union und SPD das
108 Arbeitszeitgesetz aufweichen und die werktägliche Höchstarbeitszeit abschaffen
109 und lediglich eine Obergrenze für die Wochenarbeitszeit einführen. Das
ist ein Angriff auf den täglichen Schutz unserer Gesundheit, unserer Freizeit und
unserer Lebensqualität. Unsere Antwort auf den Wandel der
Arbeitswelt ist nicht Deregulierung – sondern Arbeitszeitverkürzung!

110 Die tägliche Höchstarbeitszeit von 8 Stunden – mit Ausnahmen bis 10 Stunden – ist
111 ein zentrales Schutzinstrument für Arbeitnehmer*innen und einer der
112 wesentlichen Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung. Sie wurde nicht
113 eingeführt, um die Wirtschaft zu gängeln, sondern um Menschen vor
114 Überlastung und gesundheitlichen Schäden zu schützen. Deshalb fordern wir die
Einführung einer 4-Tage Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie schafft Zeit
für Familie, Ehrenamt, Bildung, politisches Engagement. Wir lehnen jede Lockerung
oder Abschaffung dieser Schutzgrenze entschieden ab. Flexible
Arbeitszeit darf nicht zur Dauererreichbarkeit oder Selbstausbeutung führen. Wir
wollen Selbstbestimmung – nicht Selbstausbeutung.

115 Unsere politischen Forderungen zusammengefasst:

- 116 • Europäische Mindestlohnlinie endlich umsetzen und zeitnah den Mindestlohn
auf mindestens 16,50 Euro erhöhen
- 117 • Begrenzung des Lohnabstand in Unternehmen
- 118 • Eine Erweiterung des Antidiskriminierungsgesetz bei der Jobsuche mit
regelmäßigen Schulungen und Sanktionsmöglichkeiten gegen Arbeitgeber*innen

- 119 • Gute Ausbildung für alle mit solidarischer Kostenverteilung durch eine
120 umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie mit gemeinsamen Fonds von
Unternehmen
- 121 • Kein kompletter Leistungsentzug – Menschenwürde ist unteilbar! Die aktuell
122 diskutierte Möglichkeit eines vollständigen Leistungsentzugs bei
123 sogenannten „Totalverweigerern“ ist ein klarer Bruch mit dem Grundsatz des
124 menschenwürdigen Existenzminimums. Wir lehnen jede Form der
Streichung von Leistungen ab – sie ist verfassungsrechtlich fragwürdig und
sozialpolitisch unverantwortlich. Das Existenzminimum darf niemals
zum Druckmittel werden.

125 Und was können wir als Grüne Jugend tun?

- 126 • An der Seite der Zivilgesellschaft kämpfen und vernetzen: Neben
127 Demonstrationen zum 1. Mai gibt es im Jahr viele Möglichkeiten darüber
128 hinaus,
129 Gewerkschaften, Arbeiter*innen und Sozialverbände in ihrem Kampf zu
unterstützen. Das Beste, was wir als GRÜNE JUGEND tun können, ist deshalb
vor Ort Bündnisse zu schmieden, auf Demonstrationen gehen und zum Beispiel
mit den Jugendauszubildendenvertretungen und Jugendgewerkschaften vor
Ort zusammenarbeiten
- 130 • Öffentlichkeit nutzen: Ein wirksames Mittel, das wir haben, um auf
131 Missstände aufmerksam zu machen und für unsere Positionen zu kämpfen, ist
132 Öffentlichkeitsarbeit. Egal ob in einem Reel, als Plakataktion an der
nächsten Laterne oder etwas ganz anderes, Sichtbarkeit ist ein wichtiges
Mittel um Themen zu setzen.
- 133 • Bildungsarbeit: Um zu verstehen, warum es diese Kämpfe braucht, müssen wir
134 eine gemeinsame inhaltliche Grundlage schaffen. Dafür eignen sich
Aktiventreffen, Debattenorte oder sonstige Formate um sich mit dem Themen
eingehend zu beschäftigen.
- 135 • Verbündete für uns nutzen: Die Grünen können ein wichtiger strategischer
136 Partner sein, wenn es darum geht, unsere Ideen als politische
137 Forderungen in die Parlamente zu tragen. Dafür müssen wir im direkten
Gespräch und auf Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen soziale Themen
in den Fokus setzen und konsequent dafür streiten.

138 Für uns als Grüne Jugend steht deshalb fest: Wir geben das gute Leben für alle nicht auf und kämpfen konsequent für Umverteilung und Solidarität!

M-1 Mandatsvergabe der Fachforen und Zuteilung der Bundesarbeitsgemeinschaften

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.06.2025
Tagesordnungspunkt: 4.2. Mandatsvergabe

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND hat bis zur nächsten Mandatsvergabe folgende Fachforen:

- 2 • Fachforum Bildung
- 3 • Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus
- 4 • Fachforum Digitales und Medien
- 5 • Fachforum Feminismus und Queer
- 6 • Fachforum Globales und Europa
- 7 • Fachforum Ökologie
- 8 • Fachforum Stadt, Land, Mobilität
- 9 • Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit

10 Die Bundesarbeitsgemeinschaften werden wie folgt den Fachforen zugeordnet:

- 11 • Das Fachforum Bildung delegiert zu der BAG Bildung, der BAG Kinder, Jugend

- 12 und Familie und der BAG Wissenschaft, Hochschule und
13 Technologiepolitik.
- 13 • Das Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus delegiert
14 zu der BAG Christinnen und Christen, der BAG Säkulare Grüne, (die
BAGen bilden die Dachstruktur Religions- und Weltanschauungspolitik), der
BAG Demokratie und Recht, und der BAG Sportpolitik.
- 15 • Das Fachforum Digitales und Medien delegiert zu der BAG Digitales und
Medien.
- 16 • Das Fachforum Feminismus und Queer delegiert zu der BAG Lesbenpolitik, der
17 BAG Schwulenpolitik (die BAGen bilden die Dachstruktur QUEERGRÜN) und
der BAG Frauenpolitik.
- 18 • Das Fachforum Globales und Europa delegiert zu der BAG Europa, der BAG
19 Frieden und Internationales, der BAG Globale Entwicklung und der BAG
Migration und Flucht.
- 20 • Das Fachforum Ökologie delegiert zu der BAG Energie, der BAG Landwirtschaft
21 und ländliche Entwicklung, der BAG Ökologie und der BAG
Tierschutzpolitik.
- 22 • Das Fachforum Stadt, Land, Mobilität delegiert zu der BAG Kultur, der BAG
Mobilität und Verkehr und der BAG Planen, Bauen, Wohnen.
- 23 • Das Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit delegiert zu der BAG
24 Behindertenpolitik, der BAG Arbeit, Soziales und Gesundheit und der BAG
Wirtschaft und Finanzen.

Begründung

Dieser Vorschlag entstand in Absprache des Bundesvorstands mit den Koordinierenden der Fachforen und entspricht dem aktuellen Zuschnitt. Eine thematische Umstrukturierung der Themen oder eine Änderung der BAG-Delegationen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht angedacht.